

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährl. 3,00 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Verant-
 wortungsbefreiung 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Verlagsort: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 10. Januar 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Quittung.

Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Mugdurg, H. d. G. U. i. St. 20.—, Berlin, Beiträge der
 Wahlkreise: 1. Kreis 100.—, 2. Kreis 300.— (darunter Ver-
 grändlungsständchen Mariendorf 8,83), 3. Kreis 1000.—, 4. Kreis, Osten,
 1000.— (darunter „Frei Wort“ durch ameril. Kution 5,70), 4. Kreis,
 Südost, 1000.— (dar. Vierprozent, Ritterstr. 85, 13.—, Statthalb fünfzig
 15.—), 6. Kreis, Wedding u. Oranienb. Vorst., 1000.— (dar. v. Mital.
 der Genossenschaftsbäckerei 100.—, von Nordseite 50.—, organisierte
 Mutter Weibtreustraße 1,20, vom Fleckenverein in der Gartenstraße
 1,85), 6. Kreis, Moabit 248.— (darunter durch Calenfeld a. d. 23
 13.—), 6. Kreis, Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen 400.—,
 6. Kreis, Schönhauser Vorstadt 600.— (darunter A. Wellmer 1,90),
 Berlin, diverse Beiträge: Dr. L. H. 50.—, J. R. Hagelberger-
 straße 20a 10,15, Julie Ritterstraße 30,25, Bronze Ritterstraße 85 31,80,
 Bierproj. v. A. B. u. H. 2. Alexandrinenstr. 27 12.—, Europa-Kolier 2,50,
 Heberich v. Wahren Jakob v. H. Säröder, 2 Kreis, 7,30, Note
 Buchbinder, Grünstraße, 5.—, S. u. H. 10.—, Silberstraße
 R. H. 4.—, P. R. 1.—, Sechs Metallschleifer von Baer u. Stein
 3,10, Von Mital. d. L.—, Dr. 3,50, Buchhalter Berger 20.—, Joh.
 Rosenhaupt 5.—, S. 1.—, Statthalb Durra 5.—,
 Statthalb Wandende Richte 20.—, P. S. 50.—, A. H. 50.—, Von
 den Mital. der Gewerkschaft der Buchdrucker im „Vorwärts“ 10.—,
 Von den Mitgliedern des Verbandes deutscher Buchdrucker im
 „Vorwärts“ 150.—, Von d. Metallarbeitern d. Firma Silbermann,
 Blumenstraße, 28.—, Bamberg, Jädl. Koberbach 5.—, Leeres, von
 den Parteigenossen 300.—, Bern 50.—, Bochum, von den Partei-
 genossen der Stadt Bochum durch den Vertrauensmann 50.—, Dortmund,
 H. 10.—, Döbeln, durch den Vertrauensmann 20.—, Eisenach, durch
 C. R. 10.—, Falkenberg (Oberschl.) 2.—, Friedrichsberg, lustige
 Gräber bei H. G. 2,10, Freiburg i. V., von badischen Genossen 10.—,
 Gräfrath bei Solingen, durch den Vertrauensmann 30.—, Greiz, Wahl-
 kreis Neuh. j. L. 50.—, Gießen, E. H. 10.—, Götting, durch den
 Vertrauensmann 50.—, Hastedt bei Bremen, von Parteigenossen
 10.—, Hildesheim, Heberich v. Tabalarbeiter-Beiträgen 10.—,
 Hannover 1000.—, Hamburg, v. Sparkub. „Vorwärts“ von 1897
 Sternstr. 79, 7.—, Hinterbahn bei Auerbach i. V. von Partei-
 genossen 9.—, Hamburg, Sparkub. Eingel. v. 1899 20.—, Ham-
 burg, im Monat Dezember in der Expedition des „Echo“ eingetragene
 85,00, Hamburg, Cigarrenfabrik v. Otto St. Pauli 20.—, Hartha,
 durch St. Thale 50.—, Jena, 3. weimarer Wahlkreis, 4. Quartal
 30.—, Konradshof, J. R. 2,50, Luxemburg, 2. 400.—, Magde-
 burg 300.—, Memel, Parteibeitrag von G. u. S. H.
 5.—, München, Waldläufer 5.—, Niederbarnimer Wahlkreis,
 Köpfl. Weigel 65.—, Oberstein, durch den Vertrauensmann
 10.—, Offenbach i. S., durch J. 10.—, Oelsnis i. S.,
 durch den Vertrauensmann 50.—, Pyrmont, rote Lindlaue i. L.
 b. P. 1,10, Plauen i. V., 23. fächl. Reichstags-Wahlkreis 100.—,
 Reimscheid, v. einem Metallarbeiter D. Donnerichl 8,10, Stuttgart,
 G. H. 10.—, Schöneberg, D. H. 1,75, Tambauch — Dietrich, von
 Parteigenossen 5.—, Württemberg 100.—
 Zu der Quittung in Nr. 291 des „Vorwärts“ vom 13. Dezember
 vorigen Jahres muß es unter den Beiträgen des 4. Berliner Wahl-
 kreises, Osten, nicht heißen: Tischler der Werkstatt von Himmel 10.—,
 sondern 30.—
 Berlin, den 8. Januar 1900.
 Für den Parteivorstand
 A. Gerisch, Raybachstr. 9.

Die preussische Thronrede.

Der preussische Landtag wurde am Dienstag mit folgen-
der Thronrede eröffnet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern
des Landtags!

Im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers und Königs heiße ich
Sie an der Schwelle des neuen Jahrhunderts zur Wiederaufnahme
Ihrer Arbeiten willkommen und begrüße Sie in diesem Augenblick
in um so freudigerer Stimmung, als soeben aus Kiel die Nachricht
von der Geburt eines neuen Sprosses des könig-
lichen Hauses eingetroffen ist.

Die Finanzen des Staates gestalten sich infolge des an-
haltenden Aufschwunges des gewerblichen Lebens und bei der dauernden
Steigerung der Erträge der meisten Staatsbetriebe fortgesetzt
günstig.

Wie in den Vorjahren hat auch die Rechnung für das Etats-
jahr 1898/99 mit einem beträchtlichen Ueberschuss abgeschlossen,
und ebenso darf für das laufende Jahr ein befriedigendes Ergebnis
erwartet werden. Der Staatshaushalt-Etat für das Jahr 1900,
dessen Entwurf Ihnen alsbald vorgelegt werden wird, hält in Ein-
nahme und Ausgabe das Gleichgewicht und hat fast auf allen Gebieten
der Staatsverwaltung erhebliche Mehraufwendungen zur Befriedi-
gung kultureller und wirtschaftlicher Aufgaben in Aussicht nehmen
können.

Insondere kann das Ergebnis der Staats-Eisenbahner-
waltung trotz der wachsenden Schwierigkeiten und Kosten des Be-
triebes als dauernd zufriedenstellend bezeichnet werden. Dieses
Ergebnis in Verbindung mit dem günstigen Abschluß der anderen
Betriebsverwaltungen hat es möglich gemacht, ohne Inanspruch-
nahme des Staatskredits, die Anlagen und Ausrüstungen der Staats-
Eisenbahnen in erheblichem Umfange zu ergänzen und zu vervoll-
kommen.

Den steigenden Anforderungen des Verkehrs und dem Bedürfnisse
der mit Schienenwegen bisher nicht genügend bedachten Landesteile
soll auch in Zukunft durch Erweiterung und Vervoll-
ständigung des Staats-Eisenbahnnetzes und durch
Förderung von Kleinbahn-Unternehmungen Rechnung
getragen werden. Zu diesem Zwecke werden umfassende Mittel von
Ihnen erbeten werden.

Die Staatsregierung hält nach wie vor an der Hebung
zeugung fest, daß die Herstellung eines Schiffahrtskanals

vom Rheine bis zur Elbe zur teilweisen Entlastung der
Staats-Eisenbahnen, wie zur Hebung des binnenländischen Verkehrs
notwendig ist. Die vorjährige Gesetzentwurf wird Ihnen
daher, erweitert durch Vorschläge für die besonders
dringliche Herstellung anderer Schiffahrtsverbindungen und Ver-
besserungen natürlicher Flußläufe im Interesse des Verkehrs wie
namentlich der Landesmelioration, wiederum unterbreitet werden,
sobald die betreffenden Projekte fertiggestellt sind und deren wirt-
schaftliche und finanzielle Grundlage klargelegt ist. Als solche Pro-
jekte kommen in erster Linie in Betracht die Herstellung eines
Großschiffahrtsweges zwischen Stettin und Berlin, die Ver-
schärfung ausreichender Vorflut im Oderbrache, die Verbesserung der
Verhältnisse an der unteren Oder sowie an der Spree und der
Havel, die weitere Ausbildung der Wasserstraßen zwischen
Oder und Weichsel und die Herstellung des Masurischen See-
kanals.

In das Extra-Ordinarium des Etats der Staatsverwaltung
sind die Mittel eingestellt worden, um den preussischen Nordsee-
hafen Emden für die großen Seeschiffe, insbesondere auch der
baltischen transatlantischen Dampferlinien, brauchbar zu machen.
Es darf erwartet werden, daß das mit dieser Maßregel verfolgte
nationale Ziel, einen wesentlichen Teil des rheinisch-westfälischen
Industriegebietes von ausländischen Häfen unabhängig zu stellen,
allmählich erreicht werden wird.

Die schwierige Lage, unter der die Landwirtschaft andauernd
leidet, nimmt die ernsteste Aufmerksamkeit der Regierung beständig
in Anspruch. Die Regierung ist sich der Pflicht bewußt, diesem
wichtigen Erwerbszweig auch fernerhin jede mögliche Fürsorge an-
gedeihen zu lassen.

Die Erörterungen, welche im Anschluß an die Hochwasser-
schäden von 1897 zur dauernden Sicherung schwer heimgegriffener
Landesteile eingeleitet waren, sind für die Provinz Schlesien dem
Abschlusse nahe, so daß voraussichtlich eine entsprechende Vorlage
noch in dieser Tagung wird gemacht werden können. In gleicher
Weise wird Ihre Zustimmung zur Fortsetzung der für die geteilte
Weichsel begonnenen Regulierungsarbeiten erbeten werden. In
beiden Fällen ist die Uebernahme des größten Teils der Kosten auf
den Staat vorgesehn.

Im Interesse der Förderung der inneren Kolonisation wird
der im vergangenen Jahre nicht zur Verabschiedung gelangte Ent-
wurf eines Gesetzes wegen Gewährung von Zwischentredit bei
Rentengutsbildungen von neuem dem Landtage zugehen.

Der schon für die letzte Tagung in Aussicht genommene Ent-
wurf eines Gesetzes wegen besonderer Besteuerung der großen
Warenhäuser wird Ihnen nunmehr vorgelegt werden und, wie die
Staatsregierung hofft, zur Erhaltung und Stärkung des Mittel-
standes in Handel und Gewerbe beitragen.

Das Bedürfnis, die infolge der Steuerreform des Jahres 1891
auf dem Gebiete des Gemeinde-Wahlrechts eingetretenen Ver-
schiebungen im Wege der Gesetzgebung auszugleichen, wird von der
Staatsregierung fortgesetzt anerkannt. In Erfüllung der
in der vorigen Session gegebenen Zusage wird daher in Anlehnung
an das Ergebnis der Kommissionsberatung ein Gesetzentwurf Ihrer
ernehmen Beschlußfassung unterbreitet werden.

Die Erfahrungen des öffentlichen Lebens lassen leider eine
zunehmende und für die religiöse und sittliche Entwicklung
des Volkes bedrohliche Verwahrlosung unter der Jugend
erkennen. Um hier, soweit es mit den Mitteln des Staates
möglich ist, Abhilfe zu schaffen, ist es geboten, die Zwangs-
erziehung in ausgedehnterem Maße, als nach der bisherigen Lage der Ge-
setzgebung geschehen konnte, zuzulassen. Ihre Mitwirkung dazu wird
erbeten werden.

Meine Herren! Zu wichtigen Arbeiten sind Sie berufen.
Wägen diese von Erfolg begleitet und durch die Erinnerung an
das zur Hälfte vergangene Jahrhundert geweilt sein, das durch
Gottes gnädige Fügung das Vaterland zu Kraft und Größe geführt
hat. Möge sich in dieser Tagung, wie in den kommenden, der
Geist einträchtigen Zusammenwirkens zwischen
Regierung und Volk betätigen und damit das feste Fun-
dament für die weitere gedeihliche Entwicklung des Vaterlandes
allzeit gesichert bleiben!

Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den
Landtag der Monarchie für eröffnet.

Die von dem Fürsten Hohenlohe verlesene Thronrede
beginnt mit einer nachträglich eingefügten Geburts-
anzeige. Diese familiäre Stelle war die einzige, die den
Beifall der anwesenden Mitglieder fand, sie charakterisiert
aber auch zugleich den unpolitischen Charakter dieser
Regierungs-Rede, die etwa den Scherz und den
Beitrieb einer Speisekarte zeigt. Niemand, der dieses Aktenstück
liest, könnte vermuten, daß es nach einer überaus stürmischen
kritischen Zeit, die keinen Abschluß fand, eine gesetzgeberische
Periode einleiten soll, in der ein schwerer Konflikt zum Aus-
trag gebracht werden mußte. Kein Hauch von den wilden
Gewitterstürmen des Sommers hat sich in diese Eröffnungs-
rede hineingerührt. Als ob nichts geschehen, als ob wir im
tieftsten inneren Frieden lebten, wird dem Landtag
aufgezählt, was er zu erledigen hat. Nur am Schluß
klingt sanft der Miquelsche Versöhnungs- und Sammlungs-
ruf an. Keine Drohung mehr, keine Kampfschreie, keine
die preussische Regierung nach ihren beispiellosen Niederlagen,
Pax vobiscum — umarmen wir uns Freunde, so begrüßt die
Regierung das rebellische Junkertum. Es stimmt zu dieser
milde Friedfertigkeit, daß auch der äußere politische Vor-
gang mit keinem Worte gedacht wird.

Die Ankündigung der Wiederholung des Kanal-
Entwurfs wird mit keinem schärferen, trostigeren Ausdruck
begleitet. Nichts mehr von unbengsamem Willen und Revision
des Verhältnisses zu den Konservativen. Die Miquelsche
Verschleppungstaktik verrät sich hier unzweifelhaft. Es wird
nicht gesagt, wann der erweiterte Entwurf eingebracht werden
soll. Er erscheint in grauer Ferne nebelhaft verschwommen.
Bestätigt wird, daß die vom Osten geforderten Kompensationen
in den Plan hineingearbeitet werden sollen. Es ist klar, daß
damit die finanziellen Ansprüche ins Ungemessene wachsen
müssen, so daß der durch die Kompensationen aufgeblähte Ent-
wurf schließlich an der finanziellen Unmöglichkeit scheitern
dürfte. Herr Miquel führt den Mittelkanal ad absurdum,
indem er ihn zu einem unmöglichen Universalkanal erweitert.
Die Konservativen brauchen keinen Verschleppungs-Geßlig mehr
in der Regierung — ihr Miquel besorgt ihre Geschäfte ebenso
gut und noch besser.

Was die Thronrede sonst ankündigt, verrät keinerlei fort-
schrittliche Neigungen, wenn man von dem Ausbau des Eisen-
bahnnetzes abläßt. Die Finanzlage erscheint im rosigen Licht.
Der „Landwirtschaft“ werden ein paar wohlwollende
Bemerkungen gewidmet, ohne daß irgend eine bestimmte
Liebesgabe angekündigt wird. Da die Agrarier Bargahlung
seitens der Regierung lieben, wird sie sich bloßes Versprechen
nicht friedfertiger stimmen.

Während den Agrariern nur unklare Beteuerungen ge-
spendet werden, erhält der „Mittelstand“ das erbetene Geschenk
einer Warenhaussteuer — eine reaktionäre Zwecklosigkeit, die
dem Mittelstand nichts nützen und die Großbazare zu ge-
steigert Leistungsfähigkeit anspornen wird. Aber die löb-
liche Regierung „sammelt“ eben und will sich zu diesem Be-
huf beim Mittelstand beliebt machen. Ferner soll das
jämmerliche Gemeindegewahl-Gesetz auf Grund
des centrum-liberalen Kompromißentwurfs wieder präsentiert
werden. Endlich wird auch einem Lieblingswunsch der Herr-
häuser Rechnung getragen und die zwangsweise Verschickung
der Jugend — ausgeschlossen die Harmlosen — versucht
werden.

Nach alledem kann man beruhigt sein: Preußen wird
auch Anno 1900 dem Geiste des elenden Dreiklassen-Systems,
des allmächtigen Junkertums, der versimpelten Bourgeoisie
und der schwarzen Garde treu bleiben. Und die Regierung
wird ein Entsetzen haben und nicht wieder den Jörn des
konservativen Agrarierentums herausfordern. Durch diesen
Sumpf führt einweilen kein entwässernder Kanal. —

Das erste gesetzgeberische Werk des neuen Polizeiministers.

Die erste Vorlage, die dem Landtage zugegangen ist, kommt
aus dem Ministerium des Innern; sie bezieht sich auf die Zwangs-
erziehung Minderjähriger und amtechten Polizeige-
weises, wie das nicht anders zu erwarten ist in einer Zeit, in der
man Gebetbuch, Prügel und Latzstrafe als
Allheilmittel gegen die überhandnehmende
„Verrohung der Jugend“ anpreist — natürlich nur der
Arbeiterjugend. Daß irgend Jemand dieselben Mittel etwa empfindet,
um Verrohung, wie sie sich in der Klasse des Prinzen Ardenberg
gezeigt haben, vorzubeugen, daran ist natürlich in einem Klassenstaat
und bei einer Massengesetzgebung nicht zu denken.

Das bisherige Zwangs-erziehungs-Gesetz vom Jahre 1878 be-
schränkte sich auf die verwahrlosten Kinder, die im Alter vom
vollendeten 6. bis zum vollendeten 12. Jahre eine strafbare Hand-
lung begangen haben, oder wegen ihres Alters strafrechtlich nicht
haben verfolgt werden können. Es hat sich, wie die Motive der
Vorlage zeigen, als nicht ausreichend erwiesen, um der stetig
wachsenden Kriminalität, Verwahrlosung und Verrohung unter den
Jugendlichen zu wehren. Kein Wunder! Mit Polizeimä-
regeln hat man noch niemals soziale Mißstände
aus der Welt schaffen können. Wäre das möglich, so
würde es schon längst keine Verbrecher mehr geben. Will man wirk-
lich der Kriminalität, Verwahrlosung und Verrohung unter den
Jugendlichen wehren, so gehe man ernstlich an die Beseitigung
der Ursachen dieser Mißstände. Dann sorge man vor allen
Dingen für bessere Schulen, dann regle man end-
lich die Wohnungsfrage und rücke ernstlich dem
Schlafstellenmangel zu Leibe, dann sorge man für
bessere Existenzbedingungen der Arbeiter und lege
nicht den um höhere Löhne kämpfenden Proletariern Schwierigkeiten
über Schwierigkeiten in den Weg!

Ueber welch geringes Maß socialpolitischer Ein-
sicht unsere leitenden Männer verfügen, geht aus mehr
als einer Stelle in den Motiven der neuen Vorlage hervor.
Man lese nur folgenden Erguß, in dem darüber gellagt
wird, daß infolge der wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung
unseres Volkslebens jetzt ein weit größerer Teil der heran-
wachsenden Jugend den festgesetzten Ordnungen des Hauses, des
Lehr- und Dienstverhältnisses, welche sie früher schützend umgaben,
entzogen wird. Raum der Schule entwachsen, gehen sie selbständig
ihren Weg in Erwerb und Genuß; viele stürmen ziellos in
das Leben hinein, die jugendliche Kraft des Leibes und der Seele
vergehend. Durch schlechte Gesellschaft verderben, folgen sie willen-
los den eigenen Trieben oder fremder Verführung. Nur ein oft ganz
sinnloses Begehren zu erfüllen, zu dem die Mittel fehlen, wird ohne
Ueberlegung gestohlen, betrogen, unterschlagen und vor einem Haupt-
anfall nicht zurückgekehrt; um die ungezählten geschlechtlichen
Triebe zu befriedigen, werden stupplos die schwersten Sittlichkeits-
verbrechen begangen.

Schon gesprochen! Schade nur, daß es, wenigstens soweit die
Arbeiterjugend in Frage kommt, meistens nicht zutrifft! Geheiß von
junger Eulenhenn und von Katzen, wie sie im Darmlofen-
Prozess sich gezeigt haben, kann man vielfach ohne Uebertreibung

bedeuten, daß sie zügellos in das Leben hineinstürmen und die Kraft des Leibes und der Seele vergeuden. Und was vollends die Sittlichkeitsverbrechen betrifft, so ist es eine durch die Statistik längst bewiesene und daher nicht anfechtbare Thatsache, daß die sogenannten „liberalen Berufe“, zu denen wesentlich Angehörige der höheren Klassen zählen, zu den kriminellen Verbrechen nur etwa 5,6 Proz., oder zu den Notzuchtverbrechen an Kindern etwa 13 Proz. stellen — ein Prozent, der, wie Webel einmal treffend bemerkte, noch höher sein würde, wenn man in jenen Kreisen nicht reichliche Mittel hätte, das Verbrechen zu verheimlichen, so daß wohl die Mehrzahl der Fälle unentdeckt bleibt. Will man hier auf gesetzlichen Wege Wandel schaffen, so haben wir nichts dagegen. Im allgemeinen Interesse wäre das nur erwünscht. Aber man höre doch endlich einmal auf, alle Sünden der sogenannten besseren Gesellschaft der Arbeiterklasse in die Schanze zu schießen und daraus die Notwendigkeit neuer reaktionärer arbeitserfindlicher Gesetze herzuleiten.

Thatsächlich ist die Vorlage ein Gesetz gegen die Arbeiterklasse, denn gegen Bestenbe wird es wohl selten oder niemals zur Anwendung kommen. Man giebt vor — vielleicht glaubt man es auch —, daß man dadurch die Jugend vor Verwahrlosung schützen kann, in Wirklichkeit aber kann dies Ziel auf dem vorgeschlagenen Wege nicht erreicht werden. Der Kreis der Minderjährigen, die der Zwangserschulung unterworfen werden können, soll erweitert werden. Man hat von einer unteren Altersgrenze überhaupt abgesehen und die obere auf das 18. Lebensjahr erhöht. Auch soll nicht mehr, wie bisher erforderlich sein, daß der Betreffende bereits eine strafbare Handlung begangen hat. Nein, nach der neuen Vorlage kann jeder Minderjährige unter 18 Jahren auch dann der Zwangserziehung überwiesen werden, wenn diese wegen Unzulänglichkeit der erzieherischen Einwirkung der Eltern oder sonstigen Erzieher oder der Schule zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens notwendig ist, oder wenn die Voraussetzungen der §§ 100b oder 183b des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorliegen, d. h. wenn das geistige oder leibliche Wohl des Kindes dadurch gefährdet ist, daß der Vater das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbraucht, das Kind vernachlässigt oder sich eines ehelosen oder unzüchtlichen Verhaltens schuldig macht. Bedenkt man ferner, daß nach der Vorlage die Zwangserziehung bis zur erreichten Großjährigkeit, d. h. bis zum 21. Jahre andauern kann, so wird man die Gefahr dieses Gesetzes nicht übersehen können.

Ein „eheloses“ Verhalten des Vaters soll einen Grund für die Zwangserziehung abgeben! Was gilt nicht alles als ehelos! Gilt nicht der Vater der Jungfrauenvorlage und die ihm gleichgesinnten schon das Streben der Arbeiter, auf dem Wege der Koalition sich ein menschenwürdigeres Dasein zu erringen für ehelos? Hat nicht ein Dresdener Gericht einen Arbeiter, der sich ein Streikvergehen zu schulden kommen ließ, für ehelos erklärt? Wie leicht kann ein von demselben Geiste befehltes Vormundschaftsgericht einem solchen Vater sein Kind abnehmen und es einer Erziehungsanstalt überweisen! Und von welcher Bitterkeit muß ein Kind erfüllt werden, das von Jugend auf in Zwangserziehung gehalten, von seinen Gespielen verachtet, von seinen Mitschülern als minderwertig angesehen, ja sogar von Arbeitskollegen als feiner so freudlosen Jugend verhöhnt und verpöhtet wird! Der Mangel, der einem solchen unglücklichen Geschöpf anhaftet, begleitet es durch das ganze Leben und ist oft genug die Ursache eines in der Welt wegen des ihm angethanen Schimpfes begangenen Verbrechens. Vergessen wir doch nicht, daß sich diese von der Gesellschaft Ausgestoßenen an der Gesellschaft oft schwer rächen!

Die ganze Vorlage erscheint uns als ein verfehlter Versuch, der wachsenden Kriminalität unter den Jugendlichen und der Verwahrlosung Einhalt zu thun. Das wird natürlich die „edlen und erlauchten Herren“ des Herrenhauses wenig kümmern. Worin sie Anstoß nehmen werden, das ist nicht der Grundgedanke, sondern einzelne minderartige Bestimmungen des Entwurfs, namentlich die Frage, wer die Kosten der Zwangserziehung tragen soll. Die Vorlage will es in dieser Beziehung beim alten lassen und die Kosten, soweit sie nicht dem Elternverbande zur Last fallen, auf den Staat und die Provinzen zur Hälfte verteilen. Ob sich die „Herren“ dabei beruhigen werden, ist fraglich. Auf alle Fälle werden sie die Kostenfrage genau prüfen, um zu verhindern, daß sie etwa zu höheren Beiträgen als bisher herangezogen werden. Schließlich kann ja die große Masse auch noch die hierfür erforderlichen Millionen aufbringen.

Schließlich sei noch hervorgehoben, daß der Entwurf sich auf die Regelung der Zwangserziehung auf öffentliche Kosten beschränkt, aber in das Wesen der freiwilligen, namentlich auch der kirchlichen „Liebestätigkeit“ nicht eingreifen will. Daß Eltern ihre Kinder nicht gern in derartigen Anstalten sehen, ist einleuchtend. Gegen solche „thürdichten und gewinnstüchtigen“ Eltern, wie sich die Motive geschmackvoll ausdrücken, kann jedoch der Vormundschaftsrichter in allen Fällen einschreiten, wo das geistige und leibliche Wohl der Kinder durch die Art der Ausübung der elterlichen oder vormundtschaftlichen Gewalt gefährdet ist.

So zeigt denn diese erste gesetzgeberische That des Reichertums von Rheinbaben, daß die preussische Regierung nach wie vor ihren Stolz darin sieht, sich sozialpolitisch am rückständigsten zu erweisen. Zurück in das finstere Mittelalter! — das war die Parole der preussischen Polizeiminister der letzten Jahrzehnte. Das ist auch die Parole des neuen Ministers.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Januar.

Der Reichstag

Hielt am Dienstag seine erste Sitzung im neuen Jahr, und hatte die Ueberrauschung, von dem Herrn Präsidenten ins neue Jahrhundert hineinkomplimentiert zu werden. Der Kavallerie-Offizier, der den Befehl der militärischen und weltlichen Obrigkeit, ohne mit der Wimper zu zucken, ausführte, war also bei Herrn v. Ballestrem stärker als der fromme Katholik, der dem unschönen Rayss zu folgen und mit ihm und anderen Leuten das „neue Jahrhundert“ erst mit dem Glodenschlag 12 in der Nacht vom 31. Dezember 1900 auf den 1. Januar 1901 anzufangen hat. Er fängt es vielleicht zweimal an.

Zahlreich waren die Mitglieder nicht erschienen und auch nicht in der Stimmung, wie sie wichtigen oder stürmischen Sitzungen vorausgehen.

Auf der nicht reichen, aber sehr langen Tagesordnung war nur ein Punkt, der eine längere und erwähnenswerte Debatte hervorrufen konnte und hervorrief: ein Bericht der Petitionskommission mit dem Antrag, einige von den Agrariern und Antisemiten in Scene gesetzte Petitionen auf Erhöhung des Heringszolls „dem Reichskanzler als Material zu überweisen“.

Dieser Antrag, für den natürlich unsere Mitglieder der Petitionskommission nicht gestimmt haben, rief sofort den Gegenantrag hervor, über die mehr als jede Forderung zur Tagesordnung überzugehen. Der Stoff hätte sich recht gut für eine Debatte in größerem Stil geeignet; es gehört die ganze Unvorsichtigkeit unserer Lebensmittelvertreter dazu, ein so wichtiges, ja Millionen der arbeitenden Bevölkerung unentbehrliches Nahrungsmittel verteuern zu wollen, damit den Sekt trinkenden Junkern höhere Fleischpreise bezahlt werden müssen. Allein, wie gesagt, es war keine Kampfeslust im Hause. Die Debatte war aber doch nach mancherlei Richtung interessant.

Bekanntlich ist die Erhöhung des Heringszolls, der jetzt 3 Mark auf die Tonne (etwa 800 Stück) Heringe beträgt, schon lange geplant. Schon vor drei Jahren wurde ein Koll. von 10 M.

verlangt. Die Petitionen, die dem Reichstage heute vorlagen, beugten sich mit 6 M., was auf den einzelnen Hering ungefähr $\frac{1}{2}$ Pf. ausmachen, aber zweifellos im Detailverkauf zu einer Preisverhöhung von 1 Pf. pro Stück führen würde. Die Regierung, die sich vor drei Jahren entschieden gegen die Jollerhöhung ausgesprochen hatte, verhielt sich heute sehr schwankend. Dagegen zeigte die Stimmung des Reichstags sich der Erhöhung so abgeneigt, daß das Wunderbare geschah: die beiden konservativen Fraktionen wollten mit den Petitionen nichts zu thun gehabt haben. Daß sie da nicht der Wahrheit die Ehre gaben, ward ihnen unter die Nase gehalten und offenkundig bewiesen. Zuerst ist es von symptomatischer Bedeutung, daß die Junker zurücktraten und die Macht der öffentlichen Meinung anerkennen mußten.

Unsere Partei wurde in der Debatte durch Genosse Wurm vertreten, der sehr scharf sprach und durch seine heftigen Angriffe auf die Agrarier Herrn v. Kardoff zu einer seiner komischen Schanstellungen herauslockte.

Für die Petitionen und den Kommissionsantrag sprach nur der konservative Reichstagsrat v. Balbois und Reichenstein. Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung mit allen Stimmen gegen die des Herrn v. Balbois und Reichenstein, des Grafen Limburg-Stirum und der vier anwesenden Antisemiten angenommen. Die Antisemiten sind demnach noch schlimmere Lebensmittel-Verteurer als das Gros der konservativen Agrarier. Das muß angestelt werden.

Die Sitzung dauerte bis 6 Uhr.

Nächste Sitzung morgen 2 Uhr (aus Rücksicht auf den Landtag). Zweite Lesung des Etats: Reichstag und Reichsamt des Innern.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus und Herrenhaus hielt am Dienstag ihre ersten Sitzungen in der neuen Session ab.

Das Abgeordnetenhaus beschränkte sich darauf, auf den König ein schmeichelndes Hoch auszubringen. Präsident v. Kröcher beramte die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 10. Januar, 11 Uhr, mit folgender Tagesordnung an: Wahl der Präsidenten und Schriftführer und Entgegennahme von Vorlagen der Staatsregierung.

Das Herrenhaus bewies seine Loyalität gleichfalls durch ein Hoch auf den Monarchen und that noch ein weiteres, indem es seinen Präsidenten beauftragte, dem Prinzen Heinrich zur Geburt eines Sohnes Glückwünsche auszusprechen.

Hierauf konstituierte sich das Haus, in dem 110 Mitglieder erschienen waren, und nahm die Wiederwahl des Präsidiums durch Herrn v. Kärst zu Weid in demnach wieder der erste Vorsitzende, Freiherr v. Mantensfel und Oberbürgermeister Becker-Köhl die Vizepräsidenten.

Morgen steht auf der Tagesordnung Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung von Eingaben und Vorlagen, übermorgen erfolgt die erste Beratung des in der Kronrede angezeigten Entwurfs über die Zwangserziehung Minderjähriger.

Eine Flotten-Drohnote.

Aus Stuttgart kommt den flottenbegeisterten Schülern der Englandfreundschaft ein Telegramm der Freude:

Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ giebt bekannt: Auf das Telegramm des Königs betreffend den Flottenverein antwortete Se. Majestät der Kaiser:

„Ich danke Dir anfrichtig dafür, daß Du durch Uebernahme des württembergischen Landesauschusses des deutschen Flottenvereins einen erneuten Beweis davon gegeben, daß Deutschlands Fürsten bei allen Bestrebungen zum Wohl unseres Vaterlandes vorangehen, und bitte Dich, dem Fürsten Karl von Urach meinen Dank dafür zu übermitteln, daß er sich an die Spitze des Landesauschusses gestellt hat. Ich hoffe, daß die Vorgänge der letzten Tage immer weitere Kreise davon überzeugen haben, daß nicht nur Deutschlands Interessen, sondern auch Deutschlands Ehre in fernem Meeren geschützt werden und daß hierzu Deutschland auch zu Wasser stark und mächtig dastehen muß.“

Dieses Telegramm bedeutet eine neue Sinneswandlung des Kaisers. Vor kurzem unternahm der Kaiser die Reise nach England, führte lange und freundschaftliche Gespräche mit den leitenden Staatsmännern Englands, ließ ein umfassendes Kolonialabkommen treffen und ließ sich von der Bevölkerung als Freund Englands feiern.

Das geschah, obwohl sich in zahlreichen laifertreuen und regierungsbedingenen Blättern lebhaft Abneigung gegen das kriegsführende und industriemächtige England erhob. Jetzt hat sich der Kaiser zur öffentlichen Meinung der Englandgegner bekehrt und die „Vorgänge der letzten Tage“ sollen die Notwendigkeit der beachtlichsten neuen Flottenvermehrungen erwiesen haben.

Wir bezweifeln, daß die Beschlagnahme einiger deutscher Schiffe durch englische Kreuzer zur Förderung des kaiserlichen Lieblingsgedankens von der Schaffung einer Seemacht ersten Ranges gereichen wird. Wohl brodelte der Wasserkanonendonner der alldeutschen Blätter ob jenes Vorkommnisses in Siedehitze und mit wüstem Lärm suchte man daraus Kapital für die Flottenpläne zu schlagen, wie denn jeder Anlaß den Marinelleferanten und Kommissaren der Seegeriehung zu passe ist. Aber bei ruhiger Ueberlegung erscheint dieser Anlaß so ungeeignet wie nur einer zur Aufstachelung des Flottenwahns. Keines der gegen England in widerer Wut schandenden Blätter vermag zu behaupten, daß England irgendwo wider das Völkerrecht gesündigt habe. England hat dasselbe Recht wie jede andere Macht, fremde Schiffe, wenn der Verdacht der Mitführung von Kriegskontrollen vorliegt, festzuhalten. Lag ein Versehen vor — und sicher hat in diesem Falle kein böswilliges Motiv die Engländer geleitet, in der jetzigen Situation sind sie wahrlich froh, sich nicht neue Schwierigkeiten zu schaffen —, so muß Entschädigung gezahlt werden. Bereits wird auch gemeldet, daß sich England bereit erklärt hat, den aus der Beschlagnahme des „General“ erwachsenen Schaden zu tragen. Selbstverständlich wird es sich dazu auch hinsichtlich der anderen beschlaggenommenen Schiffe bequemen müssen. Von einer Verletzung deutscher Interessen ist also gar keine Rede. Und ebensowenig hat England die deutsche Ehre gekränkt; es hat nur seine durch den unglücklichen Kriegsverlauf und durch die Verurteilung, die sein Treiben in aller Welt erfährt, unabweisbar notwendig bewiesen, die zu sehr unnötigen und ihm selbst schädlichen Thaten fortzusehen.

Obge wirklich ein Angriff gegen deutsche Ehre und deutsche Interessen vor, so hätten wir geistige Mittel, um englische Ueberhebung zurück zu weisen. Bisher aber ist nicht einmal ein energischer Einspruch seitens der Regierung geschehen. Die Reichsregierung scheint überhaupt die Lage der Dinge denn doch etwas ruhiger anzusehen, als die Weltmachtleute wünschen.

Wie wenig geeignet die Beschlagnahme der Schiffe zur Flottenpropaganda ist, zeigt eine reizvolle Reminiszenz, welche die „Frankf. Zeitung“ gerade zur richtigen Stunde und zur Abfällung der Erhöhten mittelst

„Angeichts der hochgradigen Aufregung über die Beschlagnahme des Dampfers „Gundesrat“ dürfte der Hintersatz auf einen anderen deutsch-englischen völkerrechtlichen Streitfall von Interesse und geeignet sein, einer nüchternen Auffassung die Wege zu bahnen. Ich meine einen Fall aus dem deutsch-französischen Kriege. Damals mußte das flottengehaltige England es sich gefallen lassen, daß man denfalls 6 englische Handelschiffe nicht nur beschlagnahmte, sondern sogar zerstörte, obwohl die Verletzung zu diesem Akt juristisch sehr zweifelhaft war und eine neutralitätswidrige Handlung seitens der betreffenden Schiffseigentümer bezw. Kapitäne gar nicht in Frage kam. Ende Dezember 1870 hatte nämlich die deutsche Kriegsfleetung sechs sechs mit Kohlen beladenen Schiffe bei Duclair fortgenommen und in die Seine versenkt, um die Passage eines französischen Kanonenbootes, welches unseren Truppen viel geschadet hatte, zu verhindern. Der englische Vorkämpfer in Berlin bezeichnete in einer Note vom 30. Dezember dieses Verfalls als „altogether unwarrantable“ (durchaus unverantwortlich). Fürst Bismarck dagegen berief sich zur Rechtfertigung derselben auf das sogenannte jus angariae, welches den Kriegführenden das volle Recht, neutrale Schiffe in den inländischen Gewässern des Feindes mit Beschlag zu nehmen, wenn dies die Selbstverteidigung fordere; die Entschädigungspflicht falle nicht ihm, sondern dem Aufenthaltsstaate zu. Nur aus freundschaftlichen Gefühlen für England wolle man in diesem Falle von seinem Rechte abgehen und eine Entschädigung bewilligen.

Der Konflikt endete damit, daß die deutsche Regierung nach einer Schätzung der englischen den geschädigten Interessenten 7073 Pfund Sterling zahlte (vergleiche Staatsarchiv 21 Nr. 4498 ff.).

Das Beispiel zeigt, daß auch Englands Ehre durch ähnliche Tugenden, wie sie jetzt deutschen Schiffen zustehen, nicht verletzt werden ist. Es ist auch gut, daß unsere Ehre nicht so leicht verletzt werden kann, wie durch flottenfreundliche gesteigerte Empfindlichkeit vermeint. Denn wäre es anders, so würde es allerdings um die Wahrung der deutschen Ehre schlimm bestellt sein. Die wollen dann die Entschädigung sich Gemüthsruhe schaffen. „Durch den Bau zweier Panzergeschwader binnen 17 Jahren? Aber das verbleibt bloß bis mittlerweile 4 und 6 Geschwader und unsere Ehre verbleibt noch immer machtlos im Wasser.“

Wenn durch die Beschlagnahme der deutschen Schiffe aber wirklich Ansprüche, die über das jetzige Völkerrecht hinausgehen, verletzt werden — nun, wir leben doch im Zeitalter der internationalen Friedenskonferenzen. Oder sind diese Konferenzen noch mehr Komödie als selbst wir annehmen? Vermögen sie nicht einmal das internationale Seerecht geringen Verbesserungen zuzuführen? —

Die Flotte als Liebesgabe.

Wenn die Regierungen das Volk befragen sollten, ob es geneigt sei, in der weltpolitischen Romantik der flottenpekulanten seine Kräfte zu vergeuden, so würde keine Partei in eine schlimmere Lage bei einer Reichstagsauflösung geraten als die konservative. Wir haben des öfteren darauf hingewiesen, daß das Junkertum nach seiner ganzen Anschauung aus tiefstem Grunde die neue imperialistische Ueberseepolitik haßt und fürchtet. Nach seiner erfolgreichen Wachtprobe in der Kanalangelegenheit magt es aber nicht zum zweitenmale, die Hofgunst auf Spiel zu setzen, zumal die Flotte eben noch eine ganz andere, höhere Wertschätzung genießt als der Kanal. Wollen die Konservativen also nicht für absehbare Zeit auf Regierungsfähigkeit und Unterstützung durch die Regierung verzichten und sich ausschließlich auf die „werbende Kraft“ ihrer agrarischen Begierden stützen, so müssen sie wohl oder übel in dem Marinerummel der herrschenden Großindustrie mitspielen. Das haben sie denn auch, nach einigem Sträuben, eifrig getan. Kommt es aber nun aus Anlaß der Flottenvorlage zur Auflösung des Reichstags, so kann es keine ungünstigere Wahlparole für die Konservativen geben als das Eintreten für den Marineplan; denn sie wissen ganz genau, daß die Agrarier im Lande, die weniger nach dem Throne schießen, Feinde der heutigen Kolonial-, Weltmacht- und Flottenpolitik sind.

Bismarck verrät ein unbedachter Stohseufzer, wie es in den Junkerherzen wirklich ausstiebt. So schreibt die „Konservative Korrespondenz“ in ihrer letzten Nummer:

„Gerade die Beschlagnahme der deutschen Schiffe, die Störung des deutschen Auslands Handels durch englische Gewaltstreiche, ist aber der beste Beweis, daß eine starke Flotte auch die besondere Liebesgabe hat, den Handel im Ausland zu schützen. Es heißt nun immer, die „Agrarier“ wollten den Handel nicht emporkommen lassen, sie hätten ihn und wollten ihn schädigen. Ist nicht die Thatsache, daß die Konservativen für die Flottenvermehrung eintreten, ein Beweis des Gegenteils? Es ist eine ganz gewaltige „Liebesgabe“, die in der Flottenvermehrung auch dem Handel zur See zugewendet werden soll; aber es sind nicht die Konservativen, die den Kaufleuten jene Zuwendung unghömmen, sondern die „Anti-Agrarier“ und die Socialdemokraten.“

Die Großmuth, daß die Agrarier nicht nur selbst ganz gewaltige Liebesgaben einbringen, sondern auch dem Handel solche gönnen wollen, wird im Volke ein überzeugtes Verständnis finden. Freilich wenn es keine Ungeheuerlichkeit des amtlichen konservativen Partei-Organes ist, so ist es eine schneidende kompromittierende Bosheit, daß es den Marineplan als eine Liebesgabe für den Handel — die Korrespondenz hätte hinzufügen sollen: und in erster Linie die Industrie — bezeichnet. Das ist eine durchaus richtige Kennzeichnung. Die Flottenpolitik ist eine Liebesgabe für den industriellen Kapitalismus, und das Proletariat, das die Kosten auch dieser Liebesgabe trägt, ist nicht so thöricht, die großmüthigen Absichten des Junkertums zu fördern. Es wird sehr hüßlich werden, wenn die Agrarier in der Wahlagitation ihre „Bauern“ begeistert auffordern, Liebesgaben für den Handel zu gewähren.

Ob aber die „Bauern“ diese konservative Begeisterung für Liebesgaben, die sie nicht selber erhalten, teilen werden, scheint uns sehr zweifelhaft. Denn die agrarischen Stimmen mehrten sich, die darauf hindeuten, daß man sich der Flottenpolitik gegenüber auch dann mißtrauisch verhält, wenn man sie als patriotische Notwendigkeit, nicht unter dem Gesichtspunkt einer Liebesgabe an den Handel, ansieht.

Bei Düsseldorf fand dieser Tage eine große Versammlung des Bundes der Landwirte statt, in der Diederich Sahn sprach. In der Debatte äußerten drei Landwirte übereinstimmend, daß man die Flottenvorlage nur bewilligen dürfe, wenn man Gegenleistungen dafür erhalte.

Landwirt V. h. äußerte: Ich bin der Ansicht, daß bei unserer Regierung nur durch Kompromisse etwas zu erreichen ist. Sind wir zu schroff vorgegangen? Nein, wir müssen gegen die Regierung noch ganz anders vorgehen. Das Wort: „Ohne Rant“

keine Kühne" hat nie mehr Gültigkeit gehabt als gerade jetzt. Ehe wir wieder einen Schritt für die Industrie thun, wollen wir wissen, was die Industrie für uns zu thun bereit ist, ehe wir zur Flottenvorlage Ja und Amen sagen, müssen wir eine bindende Zusage haben!

Neulich meinte der Landwirt Kemann: Wir müssen wissen, was wir von der Regierung für Bewilligung der Flottenvorlage bekommen. Mit Versprechungen dürfen wir uns nicht abspenken lassen — wir haben in den letzten Jahren erfahren, was auf Versprechungen der Regierung zu geben ist. Unser Vertrauen zur Regierung ist erschüttert.

Autobesitzer Mintrop: Wir Landwirte haben bisher alles vom patriotischen Standpunkte aus betrachtet. Sollen wir das länger thun? Ich sage nein! Wir können keine nationale Politik treiben, wenn die Industrie ausschließlich wirtschaftliche Vorteile sucht. Wir dürfen die Flotte nicht ohne weiteres bewilligen. Auf die Versprechungen der Regierung dürfen wir uns auch nicht verlassen. Bei unserer Regierung kann man eigentlich von einer Regierung gar nicht sprechen, die Minister kommen und gehen und gehen und kommen. . . (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Der Diederich Hahn war durch diese Aeußerungen der Flottenfeindschaft offenbar unangenehm berührt und er beehrte sich zu versichern, daß die Landwirte zu patriotisch seien, um solche Handlungsgeschäfte zu schließen:

Der Vorschlag, bei Gelegenheit der Flottenvorlage mit der Regierung ein Handelsgeheimnis zu machen, ist taktisch vollständig berechtigt. Große Parteien haben das in letzter Zeit oft gemacht — und widersteht es aber, wir sind Patrioten und müssen dafür sorgen, daß Deutschland in erster Linie wehrhaft ist. Aber wir meinen, daß die Kreuze, die in erster Reihe den Vorteil von einer starken Flotte haben, auch die Hauptlasten tragen sollen. Die Urtimogeschäfte der Börse sollte man besteuern zu Gunsten der Flotte, die Meedereien, die Eisenindustrie u. s. f. sollten in geeigneter Form durch eine Vorzugsbesteuerung für die Flottenvorlage herangezogen werden. Ich hoffe aber, daß unsere Regierung durch eine Regulierung der Zollverträge und die Existenzmöglichkeit zurückgeben wird. Freilich treiben wir jetzt eine auswärtige Politik, die sich mit der Bismarckschen an Weisheit und Klugheit nicht messen kann. Bismarck hatte keine große Flotte und doch war unsere Politik in England z. B. ungleich angesehener als jetzt; Bismarck verstand es eben, auch ohne Flotte eine große und kräftige Politik zu treiben. Auf die Flotte allein kommt es nicht an und die Frage, ob wir unserer Regierung überhaupt eine große Flotte in die Hand geben dürfen, wird noch ernsthaft zu prüfen sein.

Schließlich einigte man sich auf folgende Resolution: „Die heute in Ratingen tagende Versammlung des V. d. L. erkennt zwar an, daß die Haltung des Vorstandes des V. d. L. in Bezug auf den nationalen Standpunkt durchaus zu billigen ist, hält es aber doch für nötig, darauf hinzuweisen, daß die Regierung im Lande nur sehr wenig Vertrauen besitzt und erst durch energische Maßregeln zum Schutze der Landwirtschaft das Vertrauen sich wieder erwerben muß.“

Man erkennt aus diesen recht bemerkenswerten Aeußerungen, daß die Agrarier im Lande lange nicht so waffertoll sind wie ihre Wortführer im Reichstag aus höflichen Rücksichten sich stellen. Schrißling wieder der Schlachtruf: Kein Dank keine Kühne, und der Führer des Bundes der Landwirte muß die Wasserzeichen mit der albernem Verbrüderung beruhigen, daß die Industrie und der Handel die Kosten der Liebesgabe tragen sollten. Das war natürlich eine agitatorische Finte, an die der Diederich Hahn selbst nicht glaubt. Jedenfalls aber werden die Agrarier nur, wenn sie nicht vor aller Welt als Vagner dastehen sollen, den Flottenplan nicht eher bewilligen dürfen als bis die Deckungsfrage in der von Hahn vorgeschlagenen Weise geregelt ist. Geschähe das, so würden alsdann die erbittertesten Gegner der Marinenvorlage die — liberalen Vertreter der Großindustrie werden, dieselben, die jetzt vor Seebegeisterung rasen, in der Voraussetzung, daß ihnen aus den Taschen des Volkes die Liebesgabe gestiftet wird. —

Russische Drohungen.

Wir hatten die eigenartigen Ausführungen des Petersburger „Herald“ über den russischen Truppenvorstoß gegen die afghanische Grenze bereits erwähnt. Dieselben werden jetzt ausführlicher bekannt und verdienen nochmaliger Beachtung, denn sie bedeuten eine sehr unverhohlene Drohung gegen England, die durch die offizielle russische Telegraphenagentur verbreitet worden ist. Es heißt in dem Artikel, in dem Friedfertigkeit-Versicherung und Kriegsdrohung modern „christlich“ gemischt ist:

Rußland will Ruhe, in seinem eigenen und im Interesse der Welt, von der unser Reich einen so großen Teil bildet. Es kann den erhabenen Vätern des Friedens, die das russische Volk leiten und für seine Wohlfahrt sorgen, nicht gleichgültig sein, daß irgendwo an den äußersten Enden Rußlands infolge anderweitiger Zeitereignisse Störungen entstehen, deren Fernwirkung sich auf der Physiognomie der internationalen Verhältnisse widerspiegeln möchte. Alles, was von russischer Seite im Laufe des abfließenden Jahres gethan und gesagt worden ist, liefert handgreifliche Beweise für die Festigkeit der russischen Friedensliebe. Und ein Schwert ist bei Rußland aufgepflanzt, dessen Schneide jene besessenen Mächte, die es geküßt, die Ruhe der Welt zu stören, die keine Neigung haben, die gestörte Ruhe herzustellen. Ein doppelseitiges Schwert — es, welches ein guter und getreuer Feind, und in seiner Vorteilhaftigkeit, welche ein bereiteter Anwalt des Friedens, der Gerechtigkeit, der Bescheidenheit und der Sitte unter den Völkern, unter den wilden und civilisirten und sogar unter den gebildeten Halbwildern! Deshalb gehört dieses Ereignis dem Marsche unserer Truppen in der Weihnachtszeit vom Kaukasus nach Afghanistan treulich in die heilige Zeit, die wir feiern, hinein, sie ist eine der wichtigsten für die Fortdauer des Friedens, und wahrlich nicht die letzte. Was auch dort an den fernsten Grenzen Rußlands sich vorbereite, wir stehen auf einer Linie, von der wir das Kommen übersehen, von der wir die gebieterischen Grundzüge der friedlichen russischen Politik zur Geltung bringen. Nur die bösen Geister mag das kränken — gleichwie ein Wegelagerer das siebente Gebot fällt.

Die Wiener Blätter besprechen die Auslassungen der russischen Blätter über die letzten russischen Truppenverchiebungen und bezeichnen sie als eine Vorstufe dafür, daß Rußland entschlossen sei, England in Indien den Todesstoß zu versetzen.

Die Londoner Blätter verlangen wegen des Vordringens der russischen Truppen in Afghanistan die Mobilisierung der Flotte. —

Deutsches Reich.

Der Kaiser und die Technik.

Am Dienstag wurde in der technischen Hochschule zu Charlottenburg die Jahreshauptfeier begangen. Bei dieser Gelegenheit wurde der offizielle Wortlaut der Rede mitgeteilt, die der Kaiser beim Empfang der Redaktoren gehalten.

Die Rede lautete: „Es hat mich gefreut, die technischen Hochschulen auszuzeichnen zu können. Sie wissen, daß sehr große Widerstände zu überwinden waren; die sind jetzt beseitigt. Ich wollte die technischen Hochschulen in den Vordergrund bringen, denn sie haben große Aufgaben zu lösen, nicht bloß technische, sondern auch große soziale Aufgaben. Die sind bisher nicht so gelöst, wie ich wollte.“

Sie können auf die sozialen Verhältnisse vielfach großen Einfluß ausüben, da Ihre vielen Beziehungen zu Arbeit und zu Arbeitern und zur Industrie überhaupt eine Fülle von Anregung und Einwirkung ermöglicht. Sie sind deshalb auch in der kommenden Zeit zu großen Aufgaben berufen. Die bisherigen Richtungen haben ja leider in sozialer Beziehung vollständig versagt. Ich rechne auf die technischen Hochschulen.

Die Sozialdemokratie betrachte ich als eine vorübergehende Erscheinung; sie wird sich auflösen. Sie müssen auf Ihren Schülern die sozialen Pflichten gegen die Arbeiter klar machen und die großen allgemeinen Aufgaben nicht außer acht lassen. Also ich rechne auf Sie! An Arbeit und an Anerkennung wird es nicht fehlen.

Unsere technische Bildung hat schon große Erfolge errungen. Wir brauchen sehr viele technische Intelligenz im ganzen Lande; was brauchen schon die Anstalten, die Kolonien an technisch Gebildeten. Das Ansehen der deutschen Technik ist jetzt schon ein sehr großes. Die besten Familien, die sich anscheinend sonst ferngehalten, wenden ihre Söhne der Technik zu, und ich hoffe, daß dies noch zunehmen wird.

Auch im Auslande ist Ihr Ansehen sehr groß, und Ausländer sprechen mit größter Begeisterung von der technischen Bildung, die sie an Ihrer Hochschule erhalten haben. Es ist gut, daß Sie auch Ausländer heranziehen. Das schafft Achtung vor unserer Arbeit. Auch in England habe ich überall die größte Hochachtung vor der deutschen Technik erfahren, wie man dort die deutsche technische Bildung und die Leistungen der deutschen Technik schätzt. Wenden Sie sich daher auch mit aller Kraft den großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu!

Warum die technische Hochschule mehr berufen sein soll, an der Lösung der sozialen Frage mitzuarbeiten, als die „bisherigen Richtungen“, d. h. die Universitäten, die nach der Ansicht des Kaisers in sozialer Beziehung vollständig versagt haben, ist nicht verständlich. So niedrig auch immer die soziale Einschätzung der Universitätsprofessoren eingeschätzt werden mag, mehr für die Erkenntnis der wirtschaftlichen Erscheinungen haben die Kathedersocialisten doch geleistet als etwa die technische Hochschule, an der ein — Paasche die Schüler gegen die soziale Einsicht abgärteten besitzen ist.

Daß die Technik allerdings an sich geeignet wäre, die Erkenntnis der sozialen Probleme zu fördern, beweist gerade die Sozialdemokratie, deren Lehre wesentlich mit auf dem technischen Verständnis beruht, die deshalb auch nicht eher vorübergehen, nicht eher sich auflösen kann, als die notwendigen Konsequenzen aus der technischen Entwicklung im sozialistischen Sinne gezogen sind.

Bei der Jahreshauptfeier teilte noch der Rektor der technischen Hochschule Professor Niederer mit, daß Prinz Heinrich, der Bruder des Kaisers, zum Doktor-Ingenieur ehrenhalber ernannt worden sei. In seiner Ansprache trat Niederer auch für die Schulreform, die allgemeine Volksschule und die — natürlich — Ausgestaltung der Kriegsschule ein. —

Sohnlohe der Träumer. „Was mich betrifft, so geisehe ich, daß, wenn ich mich ins Studium der Marine-Angelegenheiten vertiefe, dann leicht Träume vor mir vorüberziehen von großen Flotten, die unter deutscher Flagge den Ocean durchschneiden. Diese Träume zerfliegen aber sofort, sobald ich mich des Reichstags und der Steuerzahler erinnere. Dann türmen sich Unmöglichkeiten auf, vor denen mancher liebgewordene Wunsch zurücktreten muß.“

Also sprach Fürst Söhnenlohe im Reichstag am 1. März 1895. Der alte Kanzler träumt noch immer, aber er erwacht nicht mehr aus seinem Traume, wie vor 5 Jahren, sondern er spricht aus dem Traume, der keine Unmöglichkeiten kennt.

Der nationalliberale Bürgermeister v. Fischer, Reichs- und Landtags-Abgeordneter, ist in Augsburg plötzlich an Herzlähmung gestorben.

Der Verlorene vertrat den 2. oberfränkischen Wahlkreis Bayreuth im Reichstage, in welchem Kreis unsere Partei bei der letzten Wahl eine sehr ansehnliche Stimmzahl aufgebracht hat. Bei der Hauptwahl wurden abgegeben für den nationalliberalen Kandidaten 624 Stimmen, für den Sozialdemokraten 421 und für die freisinnige Volkspartei 234 Stimmen. Bei der Stichwahl schwenkten die Freisinnigen zum Nationalliberalen hinüber. Derselbe erhielt 614 Stimmen, während auf den Kandidaten unserer Partei 594 Stimmen fielen. —

Für die Wörtdurchsicht, den Prinzen Arenberg, empfindet wenigstens ein Mensch tiefes Mitleid — der Dr. Karl Peters, der in der Londoner „Finanzchronik“ — das erörtert. Die beiden verstehen sich eben. —

Doch erreicht! Ahnungsvoll, wie wir sind, schreiben wir gestern, daß erst noch Genosse Gerich von dem strebsamen Erfurter Polizeimann einen Strafzettel bekommen müßte usw. Und Gerich hat ihn bekommen. Er soll in der That 15 M. Strafe in die Erfurter Polizeikasse zahlen, weil nicht er, sondern ein dritter, nämlich Max in Erfurt, die von ihm im „Vorwärts“ veröffentlichte Quittung nachgedruckt hat. Gerich hat in Erfurt weder etwas Unrechtes noch etwas Geländes gethan; zwischen ihm und dem Uebelthäter Max in Erfurt, der allein etwas gethan hat, besteht noch nicht der Schein eines Zusammenhanges, der das Magdeburger Gericht zu der Wunderkonstruktion einer Vieleinigkeit der nach einander zeichnenden verantwortlichen Redactoren einer Zeitung verführt hat. Und dort wurden noch dem Sündler nur die Sünden seiner Vorläufer mit angedreht. Hier ist aber nichts, das absolute, unschlagbare Nichts. Warum wird nicht unser verantwortlicher Redacteur von der Erfurter Polizei-Obrigleit bestraft, weil ein Redacteur in Erfurt oder auch in — Konstantinopel etwas begangen hat? —

Aus Baden. (Wg. Ver.) Die Centrumsfraktion des badischen Landtags beantragte eine Resolution, wonach die Regierung ersucht wird, im Budget des Ministeriums des Innern 1900/1901 Mittel einzustellen zu dem Zwecke, Zuschüsse an solche Gemeinden ohne Sitz eines Arztes gewähren zu können, welche mit denachbarten Gemeinden Verträge abschließen, wonach sich diese gegen Vergütung von jährlichen Beiträgen aus der Gemeindefähigkeit verpflichten, Einwohnern der Gemeinden ärztlichen Beistand im die gleichen Gebühren zu leisten, die sie an Kranken von ihrem Wohnort zu beanspruchen haben.

In der Begründung wird hervorgehoben, daß die Kosten für einen ärztlichen Besuch an Orten, die nicht Wohnort eines Arztes sind, sehr oft das fünf- bis sechsfache betragen, als an Orten, wo ein Arzt wohnt. Die Scheu vor diesen hohen Kosten veranlaßt die Leute sehr oft, die Konsultierung eines Arztes zu lange hinauszuverschieben, wodurch ein erfolgreiches Eingreifen des Arztes nicht

selten gefährdet wird. Andererseits verursachen die hohen Arztkosten in vielen Fällen erhebliche Schuleren bei den betreffenden Familien, wodurch die Melanchole des erkrankten Familienmitgliedes sowie eine bessere Pflege benachteiligt werden.

Die Reaktion in Sachsen-Weimar. „Infolge höherer Weisung“ ist nicht nur in Apolda gegen die Wahl des Genossen Wandert wegen dessen Wahl zum Schulvorstandsmitglied Protest eingelegt worden. Verschiedene Thatsachen lassen darauf schließen, daß es sich wieder um eine allgemeine Aktion handelt. Auch der Ortsgewaltige des weltbekannten Vierborbes Jiegenhain bei Jena, allwo die ebenso gefürchteten als beliebten „Jiegenhainer“ fabriziert werden, erklärte in der letzten Gemeinderats-Sitzung, daß er gegen die Wahl eines Sozialdemokraten in den Schulvorstand protestieren müsse. Weßhalb? Weil der Sozialdemokratie die Flügel beschneiden werden müssen und ihr Einfluß nicht noch größer werde, als dies obendrein sei. In einem anderen Nachbarorte Jenas, in Wenigenjena, haben die Gemeindeväter, um jeden Stein des Anstoßes zu vermeiden, einen Genossen aus dem Schulvorstand, dem derselbe bereits ein Jahr lang angehört, vorwärts halber heraufgewählt. Das nennt man Männerstolz vor Ministerfesseln. Am amüsantesten ist die ganze Geschichte dadurch, daß die Regierung gar keinen direkten Einfluß auf die Zusammensetzung der Schulvorstände ausüben kann, da ihr gar kein Bestätigungsrecht zusteht, sondern ihr nur von dem Wahlergebnis Kenntnis zu geben ist.

Die Parteigenossen thun gut — und daran fehlt es jetzt noch an allen Ecken und Enden des Großherzogtums gewaltig — das Bürgerrecht zu erwerben, damit die Opposition im Landtage gestärkt und so dem militärischen Treiben Einhalt geboten wird. —

Von den „edlen Herrn der Kirche“ in Elsaß-Lothringen. Aus Straßburg wird uns geschrieben: Während man allenthalben in den Kreisen der „Gutgesinnten“ über die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter zehrt, deren Terrorismus dem ganze Kapitalistenflügel erliegen soll, ist man an denselben Stellen eifrig bestrickt, sich das Leben in diesem irdischen Jammerthal so angenehm als möglich zu machen. Vor Jahresfrist wurde den höheren Beamtenkategorien des Reichslandes eine ständige Gehaltssteigerung beschied, jetzt haben es auch die „edlen Herren der Kirche“, nachdem sie seit Jahren „herghastiglich“ drückten, glücklich durchgesetzt, daß ihnen der Vater Staat eine Lohnerhöhung bewilligte. Wie nämlich offiziös verlautet, wird dem Landesbischof für Elsaß-Lothringen in seiner nächsten Session ein Gehaltswort über die Gehaltsaufbesserung der Geistlichen zu gehen. Die dazu erforderlichen Gelder sind teils aus Landesmitteln aufzubringen, teils aus Steuern, deren Erhebung den einzelnen Religionsverbänden überlassen bleibt.

Während die Alerisei so in Gehaltsfragen sich die Unterstützung des Staates mit behäbigem Schmunzeln gefallen läßt, traut sie ihm andererseits in Fragen der Schule und der Wissenschaft nicht über den Weg. Die Nachricht, daß mit dem päpstlichen Stuhle Verhandlungen über die Errichtung einer katholischen theologischen Fakultät an der Universität Straßburg, hat unter der katholischen Geistlichkeit des Reichslandes gewirkt wie der Stoß im Ameisenhaufen. Allenthalben regt sich zu geharnischten Protesten. Aus den Kantonen Hünningen, Barr, Niederbronn u. Hagenau sind bereits solche, bedeckt mit zahlreichen Unterschriften von Geistlichen, an die bischöflichen Behörden abgegangen. Die Universität Straßburg, die Hochburg des Protestantismus, wie sie in katholischen Kreisen mit Vorliebe genannt wird, ist den Herren seit ihrer Neuerrichtung nach Gründung des Reiches ein Grenz. Man fürchtet den Einfluß des Liberalismus der dort gelehrten Wissenschaften und will die Erziehung und Vorbildung der angehenden Priester deshalb unter allen Umständen dem rein geistlichen großen bischöflichen Seminar zu Straßburg vorbehalten. In einer Denkschrift der Geistlichkeit des Kantons Hagenau an den Bischof heißt es diesbezüglich: „Wir verkenne durchaus nicht, daß theologische Fakultäten geeignet sind, der heiligen Wissenschaft einen gewissen äußerlichen Glanz zu verleihen. Dieser Glanz aber, auch wenn er unter den obwaltenden Verhältnissen eintreten würde, ist bei weitem die Hauptsache nicht. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen scheint uns die Errichtung einer theologischen Fakultät an der Landesuniversität ein Donnergewitter zu sein. Anstatt daß wir den Geist Gottes und der Kirche in die Hochburg hineinragen, laufen wir Gefahr, den Geist der Welt in das Heiligthum herüberzubringen. Unser großes Seminarium, das immer in so glänzendem Maße der Oribologie und des gewissenhaftesten Studiums gestanden, würde dadurch zu einem bloßen Hofhaus herabgedrückt werden, in dem die von der Kirche gewünschte Bildung des Aleris nur noch dürftig gepflegt werden könnte.“ —

Spionage. Der unter dem Verdachte der Spionage in Straßburg verhaftete Weiskeller Jacques Lohe, ein geborener Elsässer, wurde in Freiheit gesetzt, da sich Belastungsmomente nicht ergeben haben. Derselbe saß seit drei Monaten in Untersuchungshaft. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich vor der Straßburger Strafkammer der Glasmacher J. Leibeling aus Odenburg zu verantworten. Derselbe verfuhr zur Zeit eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung. Der Angeklagte wohnte bei dem Arbeiter J. Chr. Wulf im Laufe des vorigen Jahres und hinterließ bei seiner Abreise etwa 10 M. Schulden. Unmittelbar darauf benutzte ihn Wulf wegen Majestätsbeleidigung. Vor Gericht leugnete Leibeling, diese That begangen zu haben, er bezichtigte die Zeuige als einen Nachahmer des Wulf. Das Gericht verurteilt Leibeling zu einer Zusatzstrafe von drei Monaten Gefängnis.

Von der Schiffbeschlagnahme.

Ueber die vorläufige Beschlagnahme des Dampfers „Herzog“ wird aus Durban vom Sonntag gemeldet:

Der Dampfer „Herzog“ wurde im Norden der Delagoa-Bai beschlagnahmt und dem Preisengericht überantwortet. Der portugiesische Gouverneur des Handels-Distrikts befindet sich unter den Passagieren, die nach der Delagoa-Bai gehen wollen. Die Seebehörden boten ihm Fahrt dorthin auf einem Regierungsschiffe an.

Die Beschlagnahme dieses Schiffes ist um so auffälliger, als der Hauptzweck der Fahrt des „Herzog“ nach der Delagoa-Bai der Transport von Abteilungen des „Roten Kreuzes“ nebst den der Krankenpflege dienenden Einrichtungen war. Ueber diese zu den Ambulanzen des „Roten Kreuzes“ gehörende und auf dem Dampfer „Herzog“ befindliche Ausrüstung wird mitgeteilt:

Wir haben für 18 000 Fr. chirurgische Instrumente und Medikamente an Bord und für 2000 Fr. Lebensmittel, die in die Schiffsliste eingetragen sind. Niemand hat Waffen bei sich. Es ist demnach wahrscheinlich, daß der „Herzog“ nach einigen Tagen wieder freigegeben wird, es müßte denn sein, daß die Engländer einen anderen Zweck verfolgten, als das Schiff aus Kriegsunterhandeln zu untersuchen. Den Mitgliedern der Ambulanz kann nichts weiter geschehen; wenn man sie verhindert, nach Pretoria zu gehen, lehnen sie nach Europa zurück. Die Ambulanz besteht aus zwei belgischen und drei deutschen Ärzten, aus einem belgischen Dolmetscher, einem belgischen Apotheker, sechs belgischen und sechs deutschen Krankenwärtern und zwölf belgischen und neun deutschen Krankenwärtern.

Das „Berliner Tageblatt“ erfährt, daß die Engländer in Kapstadt auch die für die deutschen Konjulu in Pretoria und Johannesburg bestimmten Briefe anhalten. Unter diesen Umständen seien auch die deutschen amtlichen Personen über die Vorkommnisse in Transvaal gar nicht oder nur unzureichend informiert.

London, 9. Januar. Die „Daily News“ verlangt bezüglich des „Bundesrat“ und „Herzog“ schnelle Erledigung der Angelegenheit. Sie sagen, es sei sehr wichtig, die Eigentümer der

Schiffe warten zu lassen, während diese ihre eigene Regierung um Abhilfe beschreiben. Man sollte es nicht dahin kommen lassen, daß die Angelegenheit infolge von Verzögerung zu einer Quelle der Mißstimmung zwischen beiden Ländern werde. —

Weiter wird gemeldet:

Zur „Abnahme“ der deutschen Interessen“ sind die Kreuzer „Schwalbe“ und „Condor“ nach der Delagoabucht beordert, von denen der letztere bereits seinen Bestimmungsort erreicht haben dürfte, da er schon am vergangenen Freitag Port Natal verließ. Die „Schwalbe“ hat zuletzt auf einer Rundfahrt in den ostafrikanischen Gewässern die Reise von Santos nach Lourenco Marques in neun Tagen ausgeführt; da das Schiff nicht schon am 2. Januar in See ging, kam es am 11. zur Vereinigung mit dem „Condor“ in der Delagoabucht eintrifft.

Brüssel, 9. Januar. Das hiesige Komitee der internationalen Freiwilligen des roten Kreuzes hat eine Protestnote an das Auswärtige Amt in London gerichtet, worin erklärt wird, daß die Ambulanzen auf dem Dampfer „Herzog“ nach allen Vorschriften der Genfer Konvention ausgerüstet seien und die sofortige Freilassung der Ambulanzen beantragt wird.

Ausland.

Eine Rechtfertigungsrede Balfours.

Der Erste Lord des Schatzes Balfour hielt am Montag vor seinem Wähler in Manchester eine Rede.

Am Verlaufe derselben warf er einen Rückblick auf die Ereignisse vor dem Kriege und sagte, er glaube, daß trotz der mit Transvaal bestehenden Schwierigkeiten niemand und sicherlich nicht die Regierung den Krieg für unermesslich oder selbst für sehr wahrscheinlich gehalten habe. England habe ungenügend vorbereitet den Krieg begonnen. Er gebe zu, daß England die militärische Leistungsfähigkeit der Boeren unterschätzt habe. Der Krieg sei ein solcher für die Verteidigung des afrikanischen Reiches und werde ohne Danken zu Ende geführt werden, so daß kein derartiger Krieg je wieder in Afrika werde geführt werden. Zuletzt machte der Redner sich über die im Auslande laut gewordenen Voraussetzungen lustig, daß die Auflösung des britischen Reiches begangen habe.

Allzu großen Eindruck hat Balfour mit seiner Rede sogar im eigenen Lande nicht erreicht. Die englischen Blätter sind geneigt, die Rede Balfours ungünstig zu beurteilen, namentlich die Behauptung, daß die Regierung keine ernstlichen Fehler gemacht.

Großes Anwachsen der Socialdemokratie in Dänemark.

Bei den jetzt in Dänemark stattfindenden Stadtratswahlen ist ein großer Fortschritt für die gesamte Oppositionspartei zu verzeichnen, aber besonders ist es die Socialdemokratie, die diesen Fortschritt in der Stimmzahl und in der Erwerbung von Mandaten aufweist. Selbst die konservativen Blätter erkennen es mit Entsetzen an. „Fæderalsborg Amtstidende“ schreibt: „Den Sieg trägt die Socialdemokratie davon. Sie ist hier wie anderwärts eine große, vorzüglich organisierte Partei, wo jeder Mann in Reich und Arm stimmt.“ Und weiter: „Es bläst zur Zeit ein socialdemokratischer Sturm durch das Land hin, und es zeigt sich nur aus dem Steigen der Stimmen der Socialdemokratie, daß die „Rechte“, was sie auch unternehmen hätte, dagegen nicht aufkommen konnte.“

In der That ist der Stimmzuwachs ein außerordentlicher. In den 35 Städten, die bis jetzt gewählt haben, betrug die Stimmzahl — da die Wahl eine Listenwahl ist, so ist die Zahl der für die einzelnen Kandidaten abgegebenen Stimmen verschieden — 1894: 5454—4820, dagegen 1900: 15417—13820, d. h. also fast eine Verdreifachung der Stimmzahl!

Es sind bis jetzt gewählt: 164 Rechte-Mitglieder, 135 Radikale und 66 Socialdemokraten, also 164 konservative und 161 Oppositionsmänner. —

Oesterreich-Ungarn.

Vom neuen Ministerium. Wien, 9. Januar. Morgen und in den nächsten Tagen werden Beratungen der führenden deutschen Abgeordneten über die Lage angefaßt des bevorstehenden Kabinettswechsels stattfinden. Im Vordergrund dürfte die Abwahl Körberers stehen, für das neue Kabinett eine den deutschen Parteifreunden nahe stehende, aber nicht dem Parlamente angehörige Persönlichkeit als Minister ohne Portefeuille zu gewinnen.

Die österröische Marinepolitik. In der österröischen Delegation dankte im Laufe der Debatte Admiral Fehr v. Spamm für die der Kriegsmarine ausgesprochene Anerkennung und erklärte unter anderem, daß es sich zur Zeit um keine Vergrößerung der Kriegsmarine handle, sondern nur um den Ersatz bereits veralteter Schiffe, wobei auf die Finanzen des Staates Rücksicht genommen wurde. Die kleinen und mittleren Geschiffe würden gegenwärtig durchweg im Inlande beschafft. Das 24-Centimeter-Probegeschütz sei bei Stoda bestellt worden und würden sich dessen Erprobung, welche vorwiegend gütliche Ergebnisse haben werde, auch diese Geschiffe im Inlande beschafft werden. —

Frankreich.

Deputiertenkammer. Paris, 9. Januar. Die Wiedereröffnung erfolgte in Ruhe. Bei der Wahl des Präsidenten wurde Deschanel mit 308 Stimmen gegen 221 Stimmen, welche Brisson erhielt, wiedergewählt.

Zu Vizepräsidenten wurden Faure mit 522, Cochery mit 316, Meunier mit 289 und Aynard mit 281 Stimmen wiedergewählt. Von Gegenkandidaten erhielten Mahy 179, Déroulède 81, Marcel Habert 54 und de Ramel 50 Stimmen.

Paris, 9. Januar. Der Alterspräsident, der radikale Abgeordnete Turigny, hielt eine längere Ansprache, worin er die vollständige Reorganisation des Staates verlangte. Er forderte eine Revision der Verfassung, Abschaffung des Senats und der Präsidentschaft der Republik und die Erhebung der Minister durch Beamte. Er verlangt weiter das Referendum für sämtliche Fragen, welche den Frieden des Landes betreffen, die Einführung eines internationalen Schiedsgerichts, die individuelle Freiheit, die Pressefreiheit und die Kolonialfreiheit und schließlich eine Verbesserung der Arbeiterlage. —

Paris, 9. Januar. (W. Z. V.) Der Senat wählte Fallières zum provisorischen Präsidenten mit 89 von 100 abgegebenen Stimmen, Magnin zum provisorischen Vizepräsidenten mit 81 von 100 abgegebenen Stimmen, und vertagte sich dann bis zum 1. Februar.

Ueber eine geheimnisvolle Duell-Affaire Paul Loubed, des Sohnes des Präsidenten der Republik, wovon die Blätter seit vorgestern reden, erzählt der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ zuverlässig, daß ein Professor Kaunay, der mit Paul Loubed befreundet war, nach der Verurteilung Déroulède's einen Brief an ihn richtete, voll beleidigender Andeutungen für seinen Vater. Paul Loubed sandte zwei Offiziere vom Dienst in Elseye zu dem Professor mit einer Forderung; doch lehnte dieser ab, weil nicht der Sohn, sondern der Vater beleidigt sei. Das Schiedsgericht gab dem Professor recht und das Duell unterließ. —

Von der Affaire Déroulède. Ungefähr von jeder Halbestelle seiner Reise nach Barcelona ließ Déroulède einen Schauer von Drabungen auf seine Freunde niedergehen. Paris und die Welt erfuhren auf diese Weise von Minute zu Minute die Verwendung seiner Zeit und seine großen Staatsgebäude. Er fragte auch bei der Lebensbehörde drähtlich an, ob er trotz seiner Verurteilung das Recht besitze, sein Ehrenkreuz zu

tragen. Der Ordenrat beistimmte die wichtige Frage zu erörtern, und beschloß mit sechs gegen vier Stimmen, daß Déroulède sein Kreuz behalten dürfe. Die Geldsammlung des „Echo de Paris“ erreicht heute 12 792 Fr. Die Geschworenen, die Déroulède im Februar freigesprochen haben, sind von ihrem damaligen Obmann zu einer Versammlung einberufen worden, um gegen seine Verurteilung durch den Staatsgerichtshof Einspruch zu erheben.

Italien.

Ungehener ist die Korruption in Italien. Nachdem erst eben die schauerhafteste Mißwirtschaft aufgedeckt worden ist, sieht schon wieder ein großer Sensationsprozess in Aussicht. Wie heute aus Rom telegraphiert wird, findet in der nächsten Woche in Sassari auf Sardinien die Verhandlung eines Mordprozesses statt, in welchem nicht weniger als 400 Angeklagte, 900 Belastungs- und 1000 Entlastungszeugen auftreten werden. Unter den Angeklagten befinden sich Bürgermeister, hohe Beamte, Professoren und reiche Kaufleute, welche sämtlich des Diebstahls oder des Brigantentums angeklagt sind. —

Rom, 9. Januar. Da die Regierung die Verhandlungen betreffend die Erwerbung der Sommbat vollständig abgebrochen, wurde das ostasiatische Geschwader aufgelöst.

Rußland.

Behandlung Verbannter im Reich des Friedensbengeliums.

Man schreibt uns aus dem Gouvernement Wjatka: Mit dem starken Wachstum der russischen Arbeiterbewegung in den letzten Jahren vermehrte sich enorm die Zahl der Opfer des russischen Despotismus. Unzählige werden Hunderte von Arbeitern und Intellektuellen in Gefängnisse geworfen und nach den unbewohnten wüsten Stätten des europäischen und asiatischen Rußlands verbannt. Früher war die Verbannung nach Westsibirien und Centralasien als Strafe für geringe politische Vergehen bestimmt, während die unter hartem politischem Verdacht stehenden nach Ostsibirien verbannt wurden. Da aber jetzt in West- und Centralasien die Industrie ebenso intensiv wie im europäischen Rußland sich entwickelt, so nimmt die Gendarmen davon Abstand, russische Socialisten nach den bewohnten Orten Sibiriens zu schicken und verbannt sie hauptsächlich in die fast gänzlich unbewohnten Orte der nordöstlichen Gouvernements des europäischen Rußlands, wo keine Spur von Industrie und Handelsverkehr zu finden ist. Ein solches für die Verbannung auswählte Gouvernement ist das Gouvernement Wjatka, wo gegenwärtig sich ca. 500 politische Verbannte (etwa 325 Arbeiter und 175 Intellektuelle) befinden. Die verhältnismäßig geringe Entfernung von der zivilisierten Welt hat aber die Lage der Verbannten keineswegs verbessert. Im Gegenteil. Die russische Regierung bleibt auch hier treu ihren Prinzipien. Wenn die Lage der intelligenten Verbannten, welche von ihrem Verurtheiler, ihrer Gesellschaft losgerissen werden, um in irgend einem entlegenen Nest ihre besten Jahre zu verfrachten, nicht beneidenswert ist, so ist die Lage der verbannten Arbeiter ganz schauerhaft. Sie erhalten von der Staatskasse 1 Rubel 20 Kop. monatlich zur Ernährung und 1 Rubel 50 Kop. monatlich für Wohnung und Kleidung. Die verbannten Arbeiter sind hier einfach dem Hunger preisgegeben. Einige Arbeiter wollten eine cooperative Werkstatt eröffnen, sie hatten aber nicht die dazu nötigen Werkzeuge. Aus einer Stadt versprach man ihnen Hilfe, aber der Gouverneur erlaubte ihnen nicht, nach Wjatka zu reisen, um Instrumente einzukaufen. In letzter Zeit wurde die Lage der Verbannten hier ganz unerträglich, so daß sie absichtlich Hungerstreiks machten, um in das Gefängnis zu geraten, wo man sie doch wenigstens ernähren muß. Die Aufsicht der Polizei ist so streng, daß jeder private Verkehr unmöglich wird; sämtliche Briefe werden von der Polizei gelesen, Hausdurchsuchungen werden ohne jede Veranlassung vorgenommen. Man muß bewundern, daß die kassenbewußten Arbeiter auch unter diesen Bedingungen die Fühlung mit der gemeinsamen Sache nicht verlieren und jede Strömung in der russischen und in der internationalen Arbeiterbewegung mit großem Interesse verfolgen. —

Petersburg, 9. Januar. Hier wurde ein gewisser Iwan Boff unter dem Verdachte, eine Verschwörung gegen das Leben des Zaren geplant zu haben, verhaftet. Bei einer Hausdurchsuchung wurden dem Verhafteten belastende aufreißerische Schriften und Waffen mit Beschlag belegt. Es dürften noch weitere Verhaftungen erfolgen.

Asien.

Vom Krieg auf den Philippinen liegt wieder einmal eine Meldung vor, die beweist, daß die Amerikaner ungefähr noch ebenso viel und ebenso wenig ausgerüstet haben, wie es vor einem Jahr und länger der Fall war. Man berichtet aus Manila vom 9. Januar: Zwei Compagnien des 25. Regiments unter dem Befehl des Kapitäns Häuser haben Kundschaftdienste in der Nähe von Arayat ausgeführt. Die amerikanischen Truppen brangen gegen die Insurgenten vor. Letztere tödten während des Gefechts zwei amerikanische Gefangene und brachten drei anderen tödliche Verwundungen bei. Es gelang dem Kapitän Häuser, zwei der Unglücklichen zu retten; ihr Zustand ist aber hoffnungslos. —

Hungernot in Indien. Die Nachrichten aus Indien lauten von Tag zu Tag entmutigender, und nachdem nun auch der Winterregen ausgeblieben ist, muß England sich darauf gefaßt machen, neben dem Krieg in Südafrika einen zweiten Feldzug gegen einen viel schlimmeren und grausameren Feind, gegen Misere und Dürre in Indien, zu führen. Als man gegen Ende September vorigen Jahres anging, Bestärkungen wegen des Ausfalls der Ernte zu hegen, wurde sofort mit unermeßlicher Energie daran gearbeitet, den unheilvollen Folgen des Nahrungsmangels, der in einem Lande, dessen Bevölkerung ausschließlich vegetarisch lebt, natürlich am fährlichsten wird, entgegenzuarbeiten. Trotzdem gab man aber die Hoffnung nicht auf, daß, nachdem der Herbstregen ausgeblieben war, wenigstens der Winterregen kommen würde, aber nun ist auch diese Erwartung getäuscht, und Indien wird sich in kurzer Zeit einer jener Hungernöte gegenübersehen, die Millionen von Menschenleben kosten, ungeheuren Weltaufwand notwendig machen und in der indischen Bevölkerung Haß und Feindseligkeit gegen die englische Herrschaft erwecken. Dreißig Millionen Mark sind noch im vorigen Jahre von der anglo-indischen Regierung zur Bekämpfung der Not bewilligt worden, und nach dem Vorschlage sollte diese Summe bis zum März ausreichend sein; inzwischen ist der Mangel von Tag zu Tag gestiegen, und jetzt werden bereits weitere dreißig Millionen Mark gefordert. Die Zahl der Eingeborenen, die sich an die Regierung hilfesuchend wenden, ist in den letzten Tagen so enorm angewachsen, daß die Unterstüßungsstellen herabgesetzt werden mußten, um die Arbeitssuchenden, deren Zahl jetzt schon die dritte Million überstiegen hat, bei den Rothkandarbeiten beschäftigen zu können.

Verhaftung. In der Notiz „Zwei Flotten-Töle“ sind am Schluß des ersten und zweiten Abzuges des Staates aus der Welt am Montag Punkte, welche Auslassung dazwischen stehenden Wortlautes andeuten, verheimlicht fortgelassen worden. —

Statt „Eine Bismard-Revill“ auf Spalte 2 der 2. Seite mußte es heißen: Ein Bismard-Keptil.

Partei-Nachrichten.

Partei-Presse. Das tägliche Erscheinen der „Neuzeitlichen Tribüne“ wurde in einer Parteiverammlung in Greiz für den 1. Febr. d. J. bestimmt in Aussicht gestellt.

In die Redaktion der „Volkswacht“ in Breslau ist am 2. Januar Genosse Franz Klüs aus Greifswald eingetreten. Genosse Emil Keulrich, der sieben Jahre an dem Blatte thätig war, übernimmt die Leitung des neuangelegten Arbeitersekretariats in Breslau.

Totenliste der Partei. In Glashammer (Böhmen) starb einer der Ältesten unserer dortigen Parteigenossen, der Stillemacher G. Hiesing. Er gehörte zu den eifrigsten und thätigsten Genossen in jener Zeit, als die Partei noch in den Kinderjahren stand. Infolge körperlichen Leidens hat er sich in den letzten Jahren gänzlich zurückgezogen und ist nach langer Krankheit einer mehrfachen Operation im Krankenhaus erlegen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Hausdurchsuchung und Beschlagnahme. In der Expedition unseres Parteiblattes in Hof, der „Oberfränkischen Volkszeitung“, wurden sämtliche Hefen des Pfaffenpiegels beschlagnahmt, weil das Werk in Bayern verboten sei.

Ein schöner Anfang. Sonnabend, den 6. Januar, hatte der verantwortliche Redacteur unseres Kieler Parteiblattes, Genosse Korn, schon den zweiten Prozess in diesem Jahre. Während er das erstmalig freigesprochen wurde, so wurden ihm im zweiten Falle 30 Mark Geldstrafe zugesprochen wegen Beleidigung eines Nachwächters.

Die Verbreitung des socialdemokratischen Volkskalenders im Herzberger Kreise des Regierungsbezirks Merseburg hat die Polizei, die erst nach geschickter That davon erfährt, so in Harnisch gebracht, daß sie, mit welchem Rechte wissen wir nicht, bei mehreren bekannten Genossen nachträglich Hausdurchsuchung hielt und eine ganze Anzahl Kalender beschlagnahmte. Jemand etwas Strafbares entziehen die Kalender nicht, das macht aber der Polizei weiter nichts, deswegen wird ruhig gehaust und beschlagnahmt.

Wegen Beleidigung des Majors Plade aus Alen, des nationalliberalen Reichstags-Abgeordneten im Wahlkreise Halbesklee, wurde ein Mann zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Die angeblich beleidigende Äußerung war in einer Versammlung in Quedlinburg gefallen.

Socialles.

Sitzgelegenheit für Handlangestellte. Die vom Staatssekretär Poladowsky im Reichstage versprochene Bundesratsberatung über die Sitzgelegenheit wird jetzt, wie gemeldet wird, im Reichsamte des Innern ausgearbeitet, um alsdann dem Bundesrat zur Beschlußfassung vorgelegt zu werden.

Vom Kriegsschauplatz

kommt wir gestern noch unter letzte Nachrichten melden, daß der Angriff der Boeren auf Ladysmith von den Engländern abgeblieben wurde. Die Lage der eingeschlossenen Engländer hat sich dadurch jedoch um nichts gebessert, sondern verschlechtert. Denn sie haben nicht für sie unerlässliche Munition verschossen, als eine bis jetzt nicht bekannte Zahl von Kämpfern eingebüßt, während die belagernden Boeren für Menschen und Kriegsmaterial Ersatz herausschaffen können.

Von dem nicht weit von Ladysmith jenseits des Tugela stehenden General Buller haben die in Ladysmith eingeschlossenen Engländer scheinbar nichts zu erwarten, und die von ihm zur Verunruhigung der Boeren unternommene Demonstration scheint ins Wasser gefallen zu sein. Es wird von keinem weiteren Vorgehen Bullers gemeldet, dagegen liegt vom Sonntag aus dem Lager bei Frere die Nachricht vor:

Deute ist alles ruhig. Der Feind hat augenscheinlich eine große Anzahl Verwundeter, da im Laufe der Nacht in der Umgegend von Fort White mehrere Rothe Kreuz-Flaggen aufgezogen wurden.

Beurteilung der Lage in der englischen Presse.

London, 9. Januar. Whites Meldung, daß der Angriff der Boeren zurückgeschlagen worden sei, verursacht allgemeine Verwirrung. Allein man verheißt sich nicht, daß die Lage in Ladysmith dadurch nicht besser geworden ist, der lange hartnäckige Kampf müde die Befestigung weitlich geschwächt, die Munition nahezu erschöpft haben. Die „Times“ räumen ein, daß die strategischen Folgen der Niederlage der Boeren sich nicht als sehr erheblich erweisen dürften. Falls die Verluste nicht ungewöhnlich groß sind, dürften sie die Boeren nicht im mindesten veranlassen, die Belagerung aufzugeben. Unter Umständen wird erwartet, daß Buller baldigt zum Angriff auf die Boerenstellung am Tugela schreiten werde; die „Times“ fragen verwundert, warum er dies nicht schon Sonntag gethan hat.

Der Sohn eines schweizerischen Socialdemokraten bei Ladysmith gefallen! Am Neujahrstag traf in Zürich die Nachricht ein, daß vor Ladysmith in den Reihen der Boeren der Sohn des verstorbenen Redacteurs Konrad Conzett durch sieben Kanonenkugeln schwer verwundet wurde; er liegt gegenwärtig im Lazarett zu Pretoria. Konrad Conzett, so heißt der junge Mann, ist, wie sein Vater es war, eine Straftat. Er lernte den Buchdruckerberuf und wanderte vor einigen Jahren nach America und von dort nach den Transvaalstaaten aus. Seit vier Jahren befindet er sich in der südafrikanischen Republik.

Neujahrswünsche des Präsidenten Steijn.

„Standard and Diggers News“ zufolge schloß Steijn seine Neujahrswünsche an die Vorkämpfer wie folgt: „Möge im nächsten Jahre die Afrikaner-Nation Frieden und Ruhe genießen, möge der Friede auf der Grundlage errichtet werden, daß der Feind, der uns während des ganzen Jahrhunderts unterdrückte und verfolgte, nicht länger in der Lage sei, unschuldiges Blut zu vergießen, möge Gott in seiner unendlichen Gnade uns dies gewähren!“

Eine Depesche der Regierung der Südafrikanischen Republik teilt den Vereinigten Staaten mit, daß dem amerikanischen Konsul in Pretoria nicht erlaubt werde, die britischen Interessen in Transvaal zu vertreten. Der Grund hierfür sei der, daß die Regierung von Transvaal in ihrem Territorium eine englische Vertretung nicht wünsche.

Militärische Maßnahmen in England.

London, 9. Januar. Den „Daily News“ zufolge beginnt übermorgen die Einschiffung der achten Division.

Den Morgenblättern zufolge ist das Kanonenboot „Harrier“ aus dem Mittelmeer in Aden eingetroffen, um sich an der Ueberwachung verdächtiger Schiffe zu beteiligen.

Der Firma Vickers und Maxim ist die Anweisung zugegangen, bis auf weiteres so viel 4.7- und 6.3öilige Schnellfeuergeschütze herzustellen, als sie zu leisten vermag.

London, 9. Januar. Wie verlautet, ist die Nachricht, daß an Bord eines in der Themse liegenden Dampfers Geschütze und Schießbedarf beschlagnahmt worden seien, unwoher.

Gerichtliche Verurteilung, die Boeren hätten bei dem Angriffe auf Ladysmith eine Anzahl englischer Marinegeschütze erobert.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 9. Januar. (W. Z. V.) Im weiteren Verlaufe der heutigen Plenarsitzung der österröischen Delegation ging der Uebersicht auch auf die Jde-Frage ein und betonte, daß die Einheitslichkeit des Heeres nicht die heiligsten Gefühle des Soldaten verletzen dürfe. Er gab der Ansicht Ausdruck, daß Deutschland sich in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs einzumischen, und etirierte ein Hamburger Blatt, welches den deutschen Soldaten als das einzige zuverlässige Element des österröischen Heeres, den slavischen Soldaten als zur Desertion bereit bezeichnet. Redner sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Slawen gegen einen solchen Angriff keinen Schutz gefunden hätten. Hierauf wird die Sitzung vertagt.

New York, 9. Januar. (W. Z. V.) Das amerikanische Kriegsschiff „Magias“ hat Befehl erhalten, sich von San Juan nach Santo Domingo zu begeben, um dort im Falle von Unruhen die amerikanischen Interessen zu schützen.

Reichstag.

123. Sitzung vom 9. Januar 1900, 2 Uhr.

Von Bundesratspräsident v. Tscheliemann. Gestorben ist der Abg. v. Fischer (natl.) Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Präsident Graf Ballesström:

Ich eröffne die erste Sitzung des deutschen Reichstages im 20. Jahrhundert. (Seiterkeit und Widerspruch) und gestatte mir an der Jahres- und Jahrsrückwende den geehrten Herren Kollegen meine aufrichtigen Glück- und Segenswünsche darzubringen. (Bravo!)

Erster Punkt der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Entwurfs einer Reichs-Schuldenordnung.

§ 1 bestimmt: Die Vereinstellung außerordentlicher Geldmittel, welche zur Verrichtung einmaliger Ausgaben für Zwecke der Reichsverwaltung vorgezogen sind, erfolgt auf Grund einer besonderen gesetzlichen Ermächtigung des Reichskanzlers.

Abg. Richter (fr. Sp.) beantragt, das Wort „besonderen“ zu streichen, da es sonst den Anschein haben könnte, als ob die Ermächtigung jedesmal gesondert erteilt werden müsse.

Unterstaatssekretär Achenborn hat gegen diese Streichung nichts einzuwenden. Das Haus beschließt dem Antrag Richter gemäß.

§ 2 giebt dem Reichskanzler die Befugnis, zu bestimmen, zu welcher Zeit, durch welche Stelle und in welchen Beträgen Schuldverschreibungen der verzinlichen Anleihe ausgegeben werden sollen. Das Gleiche gilt von der Bestimmung des Einjahres, der Kündigungstermine und des Kurses, zu welchem die Ausgabe erfolgen soll.

Abg. Richter (fr. Sp.) beantragt, diesen Paragraphen an die Kommission zurückzuverweisen, um dort über verschiedene Beschränkungen derselben zu beraten.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen angenommen.

Die §§ 3-15 werden mit unwesentlichen redaktionellen Änderungen angenommen.

§ 16 (Erfaz für abhanden gekommene Schuldscheine) enthält eine Bestimmung, wonach bei Abhandenkommen oder Vernichtung eines Schuldscheines der im § 904 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmte Anspruch ausgeschlossen ist, ohne daß es der Ausschließung in dem Scheine bedarf.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) beantragt, diese Bestimmung zu streichen. Es sei nicht angängig, gleich nach Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches eine wichtige Bestimmung desselben aufzuheben. Die Ertragskraft des Reichs müsse in diesem Falle bestehen bleiben.

Geheimrat Struckmann befreit, daß eine Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuches aufgehoben werde. Der Antrag würde eine außerordentlich schwierige und kostspielige Kontrolle bedingen. Auch die preussische Staats-Schuldenverwaltung erlerne eine Ertragskraft in diesem Falle nicht an.

Abg. Strombeck (C.) Der Hinweis auf das fiskalische Preußen laun und nicht überzeugen; jedenfalls muß die Gerechtigkeit höher als die Fiskalität stehen. (Bravo!)

Unterstaatssekretär v. Achenborn wendet sich gleichfalls gegen die Streichung der Bestimmung.

Abg. Dr. Lieber (C.) beantragt, auch diesen Paragraphen an die Kommission zurückzuverweisen.

Dieser Antrag wird angenommen. Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen.

Nach debatteloser Erledigung einiger Rechnungssachen folgen

Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Schulze-Arnberg (natl.) wird beanstandet.

Die Wahl des Abg. Christen-Kassel (Sp.) wird für gültig erklärt.

Desgleichen die Wahlen der Abgg. Dr. Vöckel (Antl.), Pauli (Sp.), Förster-Sachsen (L.), v. Staudy (L.), Möller-Duisburg (natl.).

Dagegen wird die Wahl des Abg. Sieg (natl.) (S. Marienwerder) beanstandet und nach Vorschlag der Wahlprüfungs-Kommission Beweiserhebungen beschlossen.

Es folgen Berichte der

Petitionskommission.

Verschiedene Petitionen betreffend Vereinstellung von Mitteln aus dem Reichs-Invalidentfonds zur Gewährung von Weisheiten an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer werden gemäß dem Antrage der Kommission für erledigt erklärt.

Die Petition betr. die Erhöhung des Zolles auf gefalzene Heringe beantragt die Petitionskommission dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Abg. Dr. Herms (fr. Sp.) beantragt, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Der Redner führt zur Begründung des Antrages aus: Der Zoll auf Heringe wäre eine durchaus verkehrte Maßregel, die nur die armen Konsumenten der Heringe belasten würde. Deutschland kam den Konsum an Salzheringen auch nicht entfernt deden. Er beläuft sich auf 1 1/2 Millionen Tonnen, wovon die deutsche Hochseefischerei nur 6 Proz. liefert.

Abg. Dr. Vachnise (fr. Sp.):

Die Stellung der Regierung zu diesen Petitionen hat sich gegen früher verändert. Die Regierung steht nach den Erklärungen ihres Kommissars jetzt auf dem Standpunkt, die Angaben der Fischereigesellschaft für zutreffend zu halten. Die Bedenken der Konsumenten, die früher vorlagen, sind wesentlich abgeschwächt, während nach Ansicht der Regierung durch eine Erhöhung des Zolles die Lage der betreffenden Gesellschaften sich erheblich günstiger gestalten würde. Man sieht also, wohin gesteuert wird, und gerade diese Thatsache veranlaßt uns, dem Reichstag vorzuschlagen, durch Uebergang zur Tagesordnung eine möglichst deutliche Antwort auf diese Forderungen zu geben.

Die Erhöhung des Zolles würde eben nur ein paar großen Alltagsgesellschaften zu gute kommen. (Sehr richtig! links.) Der Leidtragende wird der Heringesser sein und der Gewinner nicht der Heringefischer. Der Reichstag hat also allen Anlaß, die Petenten nicht zu ermutigen. Ich bitte Sie, unseren Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung anzunehmen.

Abg. von Waldow und Reichenstein (L.):

Die Ausführungen des Herrn Kommissars in der Kommission waren nicht so bedeutungslos, wie sie Herr Herms hingestellt hat. Wir empfehlen deshalb die Annahme des Kommissionsantrages. Die Petenten haben wohl das Recht, daß ihre Wünsche bei Aufstellung des neuen Zolltarifs geprüft werden. Die Bedenken gegen eine Zollserhöhung sind gewiß nicht von der Hand zu weisen, denn der Hering ist ein Volksernährungsmittel. Es fragt sich nur, ob die Vertenerung des einzelnen Heringes wirklich so ins Gewicht fallen kann. Wenn auf Grund der Petition die Reichsregierung zu einer Vorlage kommen sollte, so würden wir sie vorurteilslos prüfen! Ich sehe nicht an zu erklären, daß ich den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet halte, einer Erhöhung des Heringezolles zuzustimmen. Aber ebenso wie die Konsumenten haben auch die Produzenten das Recht, gehört zu werden. (Rechts links, Beifall rechts.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Die Aeußerung des Vorredners, daß er den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet hält, den Heringezoll zu erhöhen, nimmt mich Wunder. Hat doch die Fraktion des Vorredners vor zwei Jahren ausdrücklich einen dahingehenden Antrag gestellt. Nach diesem Antrag sollte der Zoll auf 10 M. erhöht werden, eine sehr

ansehnliche Erhöhung. Eine Erhöhung des Heringezolles paßt schlecht zu der sonst von den Herren (rechts) vertretenen Mittelstandspolitik. Er stärkt nur die großen Alltagsgesellschaften und schädigt den kleinen Heringefischer. An der Ostsee, wo der Heringfang von kleinen Fischern betrieben wird, will man von einer Erhöhung des Zolles auch gar nichts wissen. Der Hering ist in unseren östlichen Provinzen ein notwendiges Nahrungsmittel. Viel passender wie eine Erhöhung wäre eine Ermäßigung des Heringezolles. Ich bitte Sie, die Petition durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Geh. Rath Dauth:

Die Hochseefischerei hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. An der Ostsee spielt der Salzhering keine Rolle, dagegen eine um so größere an der Nordsee. Die schon mehrfach erwähnte Alltagsgesellschaft befindet sich in guter Lage, es ist aber die einzige. Die anderen sind mit ihr nicht zu vergleichen. Ihnen geht es so schlecht, daß sie Unterstützungen brauchen, eine hat sich trotzdem nicht halten können und mußte liquidieren. Von großen Aktionären ist keine Rede, gar viele Aktionäre besitzen nur eine einzige Aktie. Es ist ihnen schwer genug geworden, das wenige Geld dafür aufzubringen. Die Hochseefischer sollen ihrem Verufe erhalten bleiben. Die Marine hat daran auch nur ein Interesse, denn sie kann dann auf bessere Rekrutierung rechnen. Die Frage der Erhöhung des Zolles wird von der Regierung nach wie vor als eine offene behandelt. In dieser Beziehung hat sich in den letzten Jahren gar nichts geändert.

Abg. Dabach (C.)

erklärt, für den Antrag Richter stimmen zu wollen, da der Zoll von den ärmeren Klassen getragen werden müßte. Wenn eine neue Industrie nicht sogleich sehr rentabel ist, braucht man den Staat noch nicht in Aktion treten zu lassen. Der Zoll soll um 1/10 Pf. für den Hering erhöht werden. Der Detailsatz wird das Doppelte und Dreifache ausschlagen. Wir haben alle Veranlassung, jede Zollserhöhung für notwendige Lebensmittel abzusehen. (Bravo im Centrum und links.)

Abg. Wurm (Soz.):

Es ist charakteristisch, daß dieselben Herren, die vor drei Jahren den Antrag Langen unterzeichnet haben, der die Erhöhung der Zölle auf Heringe auf 10 M. verlangte, heute es nicht mehr wagen, den vorliegenden Antrag zu verteidigen und ebenso, daß der Herr Regierungskommissar heute ganz anders gesprochen hat, als in der Kommission. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Vertreter des Reichs-Schatzamt hat sich im Jahre 1897 ausdrücklich gegen jede Erhöhung der Zölle ausgesprochen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er sagte, so lange die inländische Fischerei nicht im Stande ist, den inländischen Bedarf auch nur annähernd zu decken, wird immer eine Belastung der Konsumenten durch eine Preissteigerung wahrscheinlich sein. Dies wäre um so unangenehmer, da es sich dabei um ganz arme Volksschichten handelt. In demselben Sinne hat sich der Herr Vertreter des Reichs-Schatzamt noch 1899 ausgesprochen. Der Vertreter des Reichs-Schatzamt des Innern, das die Handelsverträge vorbereitet, ja, dagegen nur die günstigen Seiten einer Zollserhöhung. Es ist doch unmöglich, den Hering eine Zwangsbrücke vorzuschreiben (Seiterkeit, so daß sie an unsere Küste in so genügender Anzahl kommen, wie wir sie brauchen können. Jedes Land hat eine bestimmte Zone auf der See, die ihm gehört, und so wie wir uns bedenten würden, wenn die Schotten und Norweger den Hering aus unserer Zone herholten, so bedanken sich die Schotten und Norweger dafür, daß wir zu ihnen hinüber kommen. Nun kommen aber die Heringe gerade dort so massenhaft vor, wo wir nicht bekommen können. Konkurrenz könnten wir höchstens mit den Holländern. Wenn wir aber jetzt, um diese niederkonzurrenzen, den Zoll erhöhen, so würde dadurch nicht etwa der holländische Fischer um seine Existenz gebracht werden. Nein, das Kapital ist sehr beweglich. Das holländische Kapital würde sofort mit seinen ganzen Einrichtungen, seinem geschulten Personal, sich auf deutschen Boden niederlassen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und wir würden nur eine Niederkonzurrenzen der kleinen deutschen Fischer durch Großkapitalisten erreichen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Also sehen wir auch hier wieder, daß von jeder Zollserhöhung das Großkapital den größten Nutzen hat. Der Herr Regierungskommissar erzählte uns ja auch, daß die Alltagsgesellschaften, deren Aktien in den Händen der kleinen Leute sind, nicht prosperieren, während die Großkapitalisten 15-16 Proz. Dividende geben. Auch das ist nur ein Beweis für die Uebermacht des Großkapitals.

Auch der Bund der Landwirte ist für diese Erhöhung des Zolles eingetreten, um sich im Besitz der gefährdeten Mandate in Pommern zu erhalten. (Widerpruch rechts.) Nun so ein Fischer verachtet ja nicht viel von der Zollserhöhung, aber wenn man ihm sagt, daß sie für ihn vorteilhaft ist, dann wird er es wohl glauben.

Auch auf die Vorteile für die Landesverteidigung ist hingewiesen worden, weil eine große Anzahl jeedebefahrener Mannschaften durch die Förderung der Hochseefischerei für die Marine zur Verfügung gestellt würden. Nun, einen schlechteren Dienst konnte man wohl der Marinavorlage nicht leisten, als wenn man um ihrerwillen nur auch noch den Kernsten der Armeen den Preis des Heringes erhöhen will, und es ist nicht zu bestreiten, daß der Hering ein Nahrungsmittel gerade der Kernsten ist. Die Wohlhabenden benutzen ihn wohl als Delikatessen, die ärmere Bevölkerung konsumiert ihn aber in Massen. Bei der geringsten Preissteigerung sinkt sofort der Konsum, da diese armen Leute eben genötigt sind, mit Fleißigen zu rechnen. Wie empfindlich die armen Volksschichten gegen die kleinste Preissteigerung auf diesem Gebiete sind, beweist die Statistik. 1896 kostete die Tonne schottischer Heringe 28 1/2 M., der Konsum betrug 3,6 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung, 1897 stieg der Preis für die schottischen Heringe auf 38 M., sofort sank der Konsum auf 3,2 Kilogr., stieg aber sofort auf 3,8 Kilogr., als im Jahre 1898 der Preis wieder etwas sank. Die Detailsatz verziehen es, jede Gelegenheit sofort zur Preissteigerung zu benutzen, und da nicht um einen halben Pfennig gesteigert werden kann, so erhöhen sie die Preise gleich um einen ganzen Pfennig. Es bedeutet also eine Schädigung großer und armer Volksschichten, wenn der Zoll auf Heringe erhöht wird. Das richtige wäre eine völlige Befreiung des Zolles. Jedenfalls stimmen wir für den Antrag Richter auf Uebergang zur Tagesordnung. (Bravo! links.)

Direktor im Reichs-Schatzamt v. Fischer

stellt in Abrede, daß die jetzigen Erklärungen der Regierung mit den früheren in Widerspruch ständen.

Abg. Dr. Kruse (natl.)

auf der Tribüne schwer verständlich: Als Mediziner kann ich bestätigen, daß der Hering ein gutes Nahrungsmittel namentlich für die Arbeiter ist, denen kein Geflügel und Wild zur Verfügung steht. (Sehr richtig! links.) Wer das Volksleben kennt, weiß, daß in vielen Arbeiterfamilien nicht etwa auf jeden Kopf ein Hering kommt, sondern ein Hering für die ganze Familie ausreichen muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Schon mit Rücksicht auf die Konsumenten bin ich gegen Erhöhung des Heringezolles. Wenn die bisherigen Heringefischer-Gesellschaften keinen Erfolg gehabt haben, so liegt es zum Teil daran, daß sie nicht gut geleitet waren. Eine Endener Gesellschaft z. B., die jetzt gut beieitet ist, konnte früher nicht so hohe Dividenden verteilen wie jetzt. Wenn kleine Gesellschaften stark leiden, so bin ich nicht dafür, daß sie geopfert werden. Aber statt einer Erhöhung des Heringezolles ist es besser, wenn die Gesellschaften in einzelnen Fällen unterstützt werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß jede Erhöhung des Heringezolles nicht vom Zwischenhandel getragen, sondern von diesem auf die Konsumenten abgewälzt werden würde. Das können wir ihm nicht abeln nehmen. Wenn wir Heringeshändler wären, würden wir es ebenso machen. (Seiterkeit und Beifall links.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Nach dieser Debatte bin ich nur darüber im Zweifel, von welcher Seite in der Kommission die Ueberweisung der Petition als

Material unterstützt worden ist. (Seiterkeit links.) Die Suche nach dem Vater scheint auch in diesem Falle verboten zu sein. Die Erhöhung des Heringezolles ist müßlich und unpopulär. Zwar heißt es in dem Liede: Ein Hering liebt eine Kuster. Aber die Kreise, die Kustern essen, sind wesentlich verschieden von denen, die Heringe verzehren. (Seiterkeit.) Wegen des Eiweißgehalts ist der Hering von großer Bedeutung, namentlich für die Kreise der Bevölkerung, die nicht in der Lage sind, gutes Fleisch und Maviar zu verzehren. Der Herr Regierungskommissar hat am Schlusse seiner Ausführungen angedeutet, daß die Regierung Erwägungen ausstellen wollte über eine Erhöhung des Zolles auf Heringe. Wenn überhaupt Erwägungen notwendig sind, so sollten sie darauf hinauslaufen, den jetzigen Zoll herabzusetzen oder ganz aufzuheben. (Beifall links.) Der Versuch, die Heringe als Vorpann für die Kriegsflotte zu benutzen (Seiterkeit links), kann wohl nicht ernst genommen werden. Jedenfalls muß die Petition abgewiesen und zur Tagesordnung übergegangen werden.

Abg. v. Kardorff (Sp.):

Ich habe den Antrag auf Erhöhung des Heringezolles seiner Zeit nicht unterschrieben und auch kein anderes Mitglied unserer Partei. Ebenso entschieden bestritte ich, daß der Bund der Landwirte und die konservativ Partei für die Erhöhung des Heringezolles sind. (Widerpruch links.) Einzelne Mitglieder des Bundes mögen sich für die Erhöhung ausgesprochen haben, aber der Bund der Landwirte hat sich als solcher überhaupt nicht mit der Frage beschäftigt. Ich war von jeher ein Gegner des Heringezolles und werde es bleiben. Heute werde ich für einfache Tagesordnung stimmen.

Abg. von Lechow (Konj.):

Auch ich habe seiner Zeit den Antrag auf Erhöhung des Heringezolles nicht unterschrieben. Und diejenigen Mitglieder meiner Partei, die es gethan haben, haben es nur aus dem Wunsche heraus gethan, daß die Frage überhaupt hier einmal erörtert wird. Für die Heringefischerei ist ja inzwischen allerlei geschehen. Der Preis der Heringe ist wesentlich gestiegen, und da werden wir jetzt nicht für eine Maßregel sein, die die Preissteigerung noch vermehrt. Wenn der Roggen um 50 Proz. gestiegen wäre, würde ich auch nicht für eine Erhöhung des Roggenzollens sein. Eine Erhöhung des Heringezolles ist mindestens nicht an der Zeit. Sollte der Preis der Heringe wieder erheblich sinken, so könnte man ja in erneute Erwägungen eintreten. In der von der Petitionskommission beantragten Ueberweisung als Material liegt übrigens ja durchaus noch nicht der Wunsch auf Erhöhung des Zolles. Ich werde heute für den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung stimmen. Der Angriff des Herrn Wurm hat mich verwundert. Offenbar hat er sich geärgert, weil wir einmal so stimmen wie er. (Seiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Brömel (fr. Sp.):

Gegenüber diesen Ablehnungsversuchen verweise ich auf eine Versammlung, die der konservativ Abgeordnete v. Langen am 31. Januar 1897 in Altona abgehalten hat. (Hört! hört! links.) Er sprach sich dort für einen Kampfsoll auf gefalzene Heringe von 10 M. aus (Hört! hört! links) und für einen Zoll auf frische Heringe und Strotten. Herr v. Langen ist gewiß darüber orientiert, ob sich die konservativ Partei und der Bund der Landwirte für diese Maßnahmen engagiert halten, und er hat von dieser Altonaer Versammlung eine Resolution annehmen lassen, worin der konservativ Partei und dem Bund der Landwirte gebaukt wird für ihre Stellung zur Frage des Heringezolles. (Beif. hört! hört! links.) Der solcher Dank anragt, der sollte die Sache nicht ablehnen, wenn sie unangenehm wird. (Seiterkeit links.) Heute will es keiner gewesen sein, der die Erhöhung befürwortet hat. (Seiterkeit.) Wegen die Darstellung des Regierungskommissars, daß die Lage der Hochsee-Fischerei präkar sei, lege ich Verwahrung ein. Ein großer Teil dieser Gesellschaften ist damit beschäftigt, ihre Flotte zu vermehren, so die Westmünder Hochsee- und Heringefischer-Gesellschaft.

Geh. Rat Dauth:

Die beiden vom Abg. Brömel angezeigten Gesellschaften haben mit Heringen nichts zu thun, sondern nur mit anderen Fischen. Die Westmünder Gesellschaft muß mit anderem Rahe gemessen werden. Sie arbeitet mit eigens konstruierten Dampfern und großem Kapital. Meine Bemerkungen bezogen sich auf die Gesellschaften, die nicht mit großem Kapital arbeiten.

Abg. v. Kardorff (Sp.)

bestreitet nochmals, daß der Bund der Landwirte sich für den Heringezoll engagiert habe. Das fällt dem Bunde der Landwirte gar nicht ein.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen.

Die Petition wird dem Antrag Richter entsprechend durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. (Gegen den Antrag Richter stimmen nur einzelne Konservativ und die Antisemiten.)

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Etat des Reichstags und des Reichsamt des Innern, soweit Teile dieses Special-Etats nicht der Budgetkommission zur Vorberatung überwiesen sind.)

Schluss 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Seniorenkongress des Reichstags hat am Dienstag unter dem Vorsitz des Präsidenten über die Geschäftsfrage des Reichstages beraten und die Verhandlungsgegenstände für die nächste Zeit festgestellt. Zunächst soll die zweite Beratung des Etats, soweit derselbe nicht der Budgetkommission zur Vorberatung überwiesen ist, in Angriff genommen werden.

Am Mittwoch soll der Etat des Reichskanzlers zur Diskussion gelangen, bei welcher Gelegenheit umfassende politische und agrarische Erörterungen erwartet werden.

Die Etatsberatung wird unterbrochen werden durch die erste Lesung der Gesetzentwürfe betr. die Konsulargerichtsbarkeit und die Patentanwälte. Ebenso sollen noch in dieser Woche die aus der Beratung des Invalidentats-Vericherungs-Gesetzes noch rüchständigen Resolutionen betreffend die Witwen- und Waisenversicherung für Fabrikarbeiter und die Ausdehnung der reichsgesellschaftlichen Krankenversicherung auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und das Gefinde erledigt werden. Außerdem beabsichtigt der Präsident die restierenden Paragraphen der Gewerbe-Ordnung-Rovelle in dritter Beratung und die sogenannte „Lex Heintze“ in zweiter und dritter Lesung baldigst zur Verabschiedung zu bringen. Die Erfüllung dieser Pflicht macht der Präsident jedoch von der Beschäftigung mit dem Etat des Innern abhängig und erucht die Fraktionen, denen diese Gesetze besonders wichtig erscheinen, für ein beschlußfähiges Haus Sorge zu tragen.

Nachtrag. Wie der Präsident des Reichstages am Ende der Plenarsitzung mitteilte, hat der Reichskanzler erklärt, daß er in der heutigen Sitzung nicht anwesend sein könne. Infolgedessen mußte die Disposition des Seniorenkongresses etwas abgeändert und der Etat des Innern an die Stelle des Etats des Reichskanzlers amts gesetzt werden.

Gerichts-Beitrag.

Das Reichsgericht und die Presse. Für die Behandlung von Verbrechen enthält eine Entscheidung, die heute vom Reichsgericht gefaßt wurde, beachtenswerte Gesichtspunkte. Vom Landgericht Bochum ist am 2. August der Redacteur der „Berger- und Hüttenarbeiter-Zeitung“, unser Parteigenosse Otto

Achtung! MAURER. Achtung!

Freitag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, bei Cohn, Benthstraße 20-21:
Mitglieder-Versammlung des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

(Filiale Berlin II). Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Theodor Metzner über: „Gleiches Recht für Alle“. 2. Diskussion und Gewerkschaftliches. 136/3
Die Verbandsleitung. 3. K.: Karl Panser.

10. Stiftungsfest

des Socialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Charlottenburg
am Sonnabend, den 13. Januar 1900, abends 8 Uhr,
in den reich dekorierten Räumen des Herrn Rietz (früher Firl), Spandauer Berg 16.
Konzert, humoristische Vorträge.
Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten W. Liebknecht.
Ball schon von 8 Uhr ab. 250/1*
Billet 30 Pf. Tanz frei. Billets sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern sowie bei den Abteilungsleitern zu haben. Kasse findet nicht statt. Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in Möhrings „Märkischem Hof“, Admiralsstr. 18c:
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Kriegswaffen des Bundes. 4. Vortrag des Herrn Dr. Zadek über „Die Zeit“. 5. Diskussion. 6. Vereinsangelegenheiten. Ausgabe der Billets zum Stiftungsfest. Das Mitgliedsbuch ist vorzulegen.
Der Vorstand. 240/2

Achtung! Holzarbeiter. Achtung!

Donnerstag, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn Louis Keller, Koppenstraße 29:
Gr. öffentliche Holzarbeiter-Versammlung
Tages-Ordnung:
Welche Nachteile haben alle in der Cris-Krankenkasse der Tischler und Pianoforte-Arbeiter Versicherter infolge des Inkrafttretens der Zwangsinnung zu befürchten? Refer. Kolb. R. Ahrens.
Der Einberufer. 76/7

Achtung, Bauanschläger!

Am Donnerstag, den 11. Januar, abends 6 Uhr, im Lokal des Herrn Busse, Grenadierstraße 33:
Große öffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
Besprechung über unsere Streit und Verschleiss. 33/4
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Lohnkommission.

Arbeiter-Bildungsschule.

Donnerstag, den 11. Januar 1900, abends 1/9 Uhr,
im „Englischen Hof“, Neue Rossstr. 3:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Schulangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 4/2
Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

An der „Fränkischen Tagespost“ in Nürnberg

ist zum 1. April d. J. die Stelle eines
ersten Redacteurs
zu besetzen. Parteigenossen, die schon in ähnlicher Stellung thätig waren, wollen unter Angabe der bisherigen Thätigkeit und ihrer Gehaltsansprüche Offerte bis 30. Januar an den Unterzeichneten einreichen.
Zum 15. Juni d. J. wird für die Leitung des Verlags obengenannten Parteiblattes auch ein kaufmännisch gebildeter
Expeditions-Vorstand
gesucht. Parteigenossen, die schon im Zeitungswesen Erfahrung besitzen, wollen ihre Offerte mit Angabe ihrer Gehaltsansprüche bis 30. Januar an
Rourad Herrmann, Sultzbühlstraße 9, Nürnberg, einreichen. 33821*

Schnegelsbergs Festsäle, Hasenheide 21, Jahnstrasse 8.
Inhaber: Max Schindler. - Telefon: Amt IV Nr. 1133.
Heute: Großer Ball
mit Schlangen- und Apfelmännchen-Regen und diversen Ueberraschungen.
Täglich: Specialitäten-Vorstellung. Entree frei.
Empfehle den geehrten Gemarkungen, Vereinen, Fabriken etc. meine Säfte, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. 33821*

Ist Ihnen schon bekannt,
dass 1 Theelöffel Carola-Kaffee genügt,
um sich 2 Tassen vorzüglichem gesundheitlich zuträglichem Kaffees herzustellen? Halb Bohnen- und halb Carola-Kaffee liefert in Stärke und Geschmack ein ausgezeichnetes Getränk, trotz dieser Vorzüge kostet 1/2 Pfund Carola-Kaffee nur 30 Pfg. Ueberall zu haben. 2694L*

Zähne 2 M.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

4. Wahlkreis. Süd-Ost.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Genosse
Hermann Hoffmann
am 8. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gumnans-Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersuchen
Die Vertrauenspersonen.

Socialdemokratischer Wahlverein f. den 4. Berliner Reichstags-Wahlkr., Süd-Ost.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß am 8. d. M. der Genosse
Hermann Hoffmann
nach langen Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Gumnans-Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand. 242/2

Maler. Central-Kranken- u. Sterbekasse der Maler etc.

(Filiale I, Eing. St. 71.)
Am Freitag, den 12. Januar 1900, abends 8 1/2 Uhr, bei Kohn, Ruppinerstraße 42:
Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Kassenbericht. 2. Wahl der ständigen Verwaltung. 3. Wahl des Vertrauensorgans. 4. Verschiedenes. 17165

Lehr- und Diskutier-Klub Süd-Ost.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied und Mitbegründer des Klubs
Hermann Hoffmann
am Montag seinen Leiden erliegen ist.
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Gumnans-Kirchhofes aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand. 100/2

In Sachen der Anrufung des Einigungsamtes

1. des Arbeitgeber-Bundes für das Maurer- und Zimmerergewerbe von Berlin und den Vororten,
2. der Arbeitgeber der Kattjehner-Kommission,
3. des Baumeisters Karchow,
betreffend die Verhandlung einer Baupolizei über den vom Baumeister Karchow in der Grenzstraße ausgeführten städtischen Schulbau (Ziffer 6 des Vertrages vom 24. Juni 1899 betreffend das Baugewerbe)
gibt das Einigungsamt des Gewerbegerichts in der Sitzung vom 18. Dezember 1899, an welcher teil genommen haben
1. Gewerbebericht von Schulz, als Vorsitzender,
2. Fabrikant Weigert, als Arbeiter,
3. Dr. Gerchel, als gebildeter,
3. Steinlechner Knoll, als Arbeiter,
4. Tischler Koblentz, sachverständiger, folgenden Schiedspruch ab:
1. Der Vergleich vom 24. Juni 1899 ist als zwischen allen Arbeitgebern des Maurergewerbes in Berlin und den Vororten, gleichwohl, ob sie dem Arbeitgeber-Bunde angehören oder nicht, und den Arbeitnehmer-Organisationen geschlossen anzusehen.
Die von der Kattjehner-Kommission auf Grund des Vergleichs beschlossenen Ausführungs-Bestimmungen haben die gleiche Geltung wie der Vergleich.
2. Die am 7. November 1899 erfolgte Verhandlung der Sperrte über den Baumeister Karchowischen Schulbau in der Grenzstraße ohne vorherige Anrufung der Kattjehner-Kommission beziehungsweise des Einigungsamtes ist als ein nicht beachtetes und deshalb nicht durchsetzbares Verbot gegen den Vergleich vom 24. Juni 1899 zu erachten.
3. Die Behauptung, daß die Arbeitsleistung der Arbeitnehmer seit Abschluß des Vergleichs vom 24. Juni 1899 erheblich zurückgegangen sei, und daß diese Rückbildung auf einer Vereinfachung der Arbeitnehmer beruhe, ist nicht erwiesen.
4. Als ein Verstoß gegen den Vergleich vom 24. Juni 1899 ist es nicht anzusehen, daß Arbeitnehmer einen höheren Lohn als den in den Vergleichsbedingungen festgelegten annehmen. Zu einem Einschreiten der Organisation der Arbeitnehmer hiergegen liegt keine Veranlassung vor.
5. Ein Verstoß eines Vertragschließenden Teils gegen den Vergleich vom 24. Juni 1899 giebt dem andern Teile nur dann ein Recht zum Rücktritt von diesem Vergleich, wenn der verstoßende Teil nach Untersuchung durch die Kattjehner-Kommission und Anrufung des Einigungsamtes nicht alles in seiner Macht Stehende veranlaßt, um den der endgültigen Entscheidung entsprechenden Zustand herbeizuführen.
Berlin, den 18. Dezember 1899.
Das Einigungsamt,
gez. von Schulz, G. Koblentz, O. Weigert, H. Knoll, Dr. Gerchel.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Ordnungsverwaltung Berlin).

Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 7. Januar 1900, nach unser langjähriges Mitglied, der Former
Otto Martin.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. Januar 1900, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Wohnung Wilschinerstraße 86 aus nach dem Jakobikirchhof statt. 110/1
Die Ordnungsverwaltung.
Kranken- u. Begräbniskasse d. Berl. Gürtler u. Bronzeure. (E. H. 60.)
Die Beerdigung des am 7. d. M. verstorbenen Mitgliedes, Goldschläger
Otto Martin
findet am Mittwoch, den 10. Januar von der Wilschinerstr. 86 aus nach dem alten Jakob-Kirchhof statt. Um rege Beteiligung bitten
Der Vorstand. 17216

Danksgagung.

Allen Freunden und Bekannten, die meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen, sage ich meinen herzlichsten Dank. Insbesondere dem Herrn Chef sowie dem gesamten Personal der Firma Hompeich u. Comp. danke ich vielmals für die schönen Kranzsendungen. [17208
Wwe. Gebauer nebst Kindern.

Danksgagung.

Allen Freunden und Bekannten, die meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen, sage ich meinen herzlichsten Dank. Insbesondere dem Herrn Chef sowie dem gesamten Personal der Firma Hompeich u. Comp. danke ich vielmals für die schönen Kranzsendungen. [17208
Wwe. Gebauer nebst Kindern.

Danksgagung.

Allen Freunden und Bekannten, die meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen, sage ich meinen herzlichsten Dank. Insbesondere dem Herrn Chef sowie dem gesamten Personal der Firma Hompeich u. Comp. danke ich vielmals für die schönen Kranzsendungen. [17208
Wwe. Gebauer nebst Kindern.

Danksgagung.

Allen Freunden und Bekannten, die meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen, sage ich meinen herzlichsten Dank. Insbesondere dem Herrn Chef sowie dem gesamten Personal der Firma Hompeich u. Comp. danke ich vielmals für die schönen Kranzsendungen. [17208
Wwe. Gebauer nebst Kindern.

Danksgagung.

Allen Freunden und Bekannten, die meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen, sage ich meinen herzlichsten Dank. Insbesondere dem Herrn Chef sowie dem gesamten Personal der Firma Hompeich u. Comp. danke ich vielmals für die schönen Kranzsendungen. [17208
Wwe. Gebauer nebst Kindern.

Socialdemokratischer Verein für Stralau-Rummelsburg und Umgegend.

Am Montag, den 8. d. Mts., mittags 12 1/2 Uhr, nach schweren Leiden unser Mitglied, der Glasmacher
Hugo Hartmann
im 22. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Freitag, mittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Lazarus-Krankenhaus in der Bernauerstraße nach dem Stralauer Kirchhof statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Gastwirte und verwand. Gewerbe zu Berlin.

Die von uns zum 12. Januar a. cr. anberaumte Wahl-Versammlung findet nicht statt.
Berlin, den 8. Januar 1900.
Der Vorstand.
H. Poppe, Kraushaar, Vorsitzender. Schriftführer.

Nichts Gedichte von Sigmar Mehring.

Preis cart. 2.- Mark.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie von S. Rosenbaums Verlag, Berlin W. 57. 9/1*

Maskengarderobe von Adolf Runge.

Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075, empfiehlt den Vereinen seine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage, Großes Lager von Sammet- und Spitzen.
Eine gute sparsame Küche erhält man am besten mit
Lösl. Frühstücks-Suppen
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
Zu haben bei Wwe. Antonie Schneege, N. Schulstr. 39.

MAGGI

Für Magenleidende!

Allen denen, die sich durch Erältung oder Ueberladung des Magens, durch Genuß mangelhafter, schwer verdaulicher, zu heißer oder zu kalter Speisen oder durch unregelmäßige Lebensweise ein Magenleiden, wie:
Magenkatarrh, Magenkrampf, Magenschmerzen, schwere Verdauung oder Verschleimung
zugezogen haben, sei hiermit ein gutes Hausmittel empfohlen, dessen vorzügliche Wirkungen schon seit vielen Jahren erprobt sind. Es ist dies das bekannte
Verdauungs- und Blutreinigungsmittel, der Hubert Ulrich'sche Kräuter-Wein.
Dieser Kräuter-Wein ist aus vorzüglichen, heilkräftig befundenen Kräutern mit gutem Wein bereitet, und stärkt und belebt den Verdauungsorganismus des Menschen, ohne ein Abführmittel zu sein. Kräuter-Wein beseitigt Störungen in den Blutgefäßen, reinigt das Blut von verdorbenen krankmachenden Stoffen und wirkt fördernd auf die Neubildung gesunden Blutes.
Durch rechtzeitigen Gebrauch des Kräuter-Weins werden Magenübel meist schon im Keime erstickt. Man sollte also nicht säumen, seine Anwendung anderen (scharfen, ätzenden, Genußmittel zerkleinernden Mitteln) vorzuziehen. Symptome, wie: Kopfschmerzen, Nusthosen, Zodbrennen, Blähungen, Heißfieber mit Erbrechen, die bei chronischen (veralteten) Magenleiden um so heftiger auftreten, werden oft nach einigen Mal Trinken beseitigt.
Stuhlverstopfung und deren unangenehme Folgen, wie Versteimmung, Blutanhaufungen in Leber, Milz und Pfortaderstamm (Hämorrhoidalleiden) werden durch Kräuter-Wein rasch und gelind beseitigt. Kräuter-Wein befreit Unverdaulichkeit, verleiht dem Verdauungsorgan einen Aufschwung und entfernt durch einen leichten Stuhl untaugliche Stoffe aus dem Magen und den Gebärmern.
Hageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Entkräftung sind meist die Folge schlechter Verdauung, mangelhafter Blutbildung und eines krankhaften Zustandes der Leber. Bei häufiger Appetitlosigkeit unter nervöser Abspannung und Gemüthsüberreizung, sowie häufigen Kopfschmerzen, schlaflosen Nächten, heben oft solche Kranke langsam dahin. Kräuter-Wein giebt der geschwächten Lebenskraft einen frischen Impuls. Kräuter-Wein steigert den Appetit, befördert Verdauung und Ernährung, regt den Stoffwechsel kräftig an, beschleunigt und verbessert die Blutbildung, beruhigt die erregten Nerven und schafft dem Kranken Lebenslust. Zahlreiche Anerkennungen und Dankschreiben beweisen dies.
Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à 1,25 und 1,75 M. in sämtlichen Apotheken von Berlin und Berlins Vororten, sowie in Preußen, ganz Deutschland und im Ausland in den Apotheken.
Nach versendet die Firma „Hubert Ulrich, Leipzig, Weststraße 82“, 3 und mehr Flaschen Kräuter-Wein zu Originalpreisen nach allen Orten Deutschlands porto- und kostenfrei.
Vor Nachahmungen wird gewarnt!
Man verlange ausdrücklich
Hubert Ulrich'schen Kräuter-Wein.
Wein Kräuter-Wein ist kein Geheimmittel; seine Bestandteile sind: Malagawein 440,0, Weinsprit 100,0, Glycerin 100,0, Rothwein 240,0, Glycerinsaft 150,0, Rischsaff 320,0, Wama 30,0, Fenchel, Anis, Helenenwurzel, ameriz. Kraftwurzel, Enzianwurzel, Kalmuswurzel aa 10,0. Diese Bestandteile mische man. 31931*

Tuch-Reste

die in unserer Fabrik täglich entstehen, geben, um damit zu räumen, spottbillig ab. Muster davon sofort franco.

Lehmann & Assmy

Tuchfabrik, Spremberg L.

Einzige Tuchfabrik Deutschlands, die ihre Fabrikate direkt an Privatleute versendet. 140/1*

Schneidemeister, welche gern bereit sind, Anzüge anzufertigen, ohne dass der Stoff von denselben entnommen wird, weisen an jedem grösseren Platze nach.

Meine Geschäftsräume bleiben Donnerstag, den 11., und Freitag, den 12. Januar, der Inventur wegen geschlossen.

Kaufhaus Max Mannheim,

89. Frankfurter Allee 89.

84632*

I. Ziehung d. I. Klasse 202. Kl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Januar 1930, vormittags.
Aus der Gewinne über 60 Mark sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

292 367 504 605 56 84 717 26 828 63 91 997 1006
56 146 269 89 357 484 97 584 879 906 19 2019 31 131
310 478 725 45 819 944 99 3819 450 52 99 595 771 885
4075 446 777 784 815 931 51 5089 234 583 648 84 89
770 811 73 953 73 91 6204 34 54 816 545 1100 762 803
6 7009 29 122 416 56 588 91 718 917 8007 39 281 308
67 63 61 424 81 75 584 628 90 928 1100 9146 414 90
929 854 69 944 92

10019 304 475 525 706 51 813 11114 21 276 915 27
10131 69 95 234 67 387 445 69 150 93 557 816 979
99 13113 61 95 279 656 750 1100 89 823 14064 194
291 419 654 97 741 65 1800 966 15169 271 471 1100
642 689 1100 914 78 16222 322 61 65 13001 76 736 952
(150) 80 17050 157 238 322 439 500 43 80 652 72 809
38 18182 504 792 844 927 86 19017 68 77 213 367
442 1160 514 80 609 627 911

30285 369 547 727 678 908 91035 114 31 256 307
90 93 470 1300 517 41 159 99 743 805 54 44 922 39
23186 297 356 729 23432 61 543 91 988 816 44 1150 91
94 981 36 24092 26 109 733 850 25294 610 30 20235
521 653 748 861 79 1100 27056 466 70 554 604 837 927
26017 198 219 635 732 822 95 48054 421 524 892

30000 85 202 1100 9 400 723 13069 345 736 817
(100) 30259 99 295 93 389 418 78 78 532 490 727 904
36 33014 53 350 60 418 600 891 1100 34037 56 524
829 39 710 880 911 35024 32 212 469 95 1100 833 78
222 30284 97 422 41 1100 540 1100 41 85 610 764
87096 197 282 327 728 38039 60 84 214 452 89 689 871
901 4 45 88 30400 297 431 651

40185 954 525 942 41507 1095 734 826 900 47
42928 59 70 83 424 85 774 43000 60 149 287 339 464
9701 41193 95 254 1100 431 519 610 708 826 65 96 978
92 45160 260 89 479 635 1100 704 150 10 74 40439
93 149 291 350 51 73 498 555 721 31 70 10 47033 60
68 80 99 139 494 501 18 95 646 703 877 948 48264
49122 232 84 335 637 78 612 743 85 854

50029 873 609 1300 939 81 51173 253 87 323 75
405 60 669 821 82 92 936 74 52076 431 603 619 47 89
735 81 807 75313 41 384 323 1200 612 16 54390 525
31 621 951 55113 329 400 45 535 5624 847 71 421
564 624 45 28 852 906 66 1100 88 57225 193 25 88
487 51 90 645 745 811 927 54 88 191 218 429 511 889
59 817 87 932 50104 7 204 96 530 35 61 68 82 518 80
97 832

90001 44 103 19 66 209 1100 82 704 1300 59 833
01017 80 130 40 86 99 203 17 150 44 78 96 322 68 679
741 843 42205 304 402 7 16 500 737 94 846 962 69 70
03140 1300 92 302 4 409 37 70 504 607 769 70 89 890
04226 36 57 1500 97 304 528 92 1100 94 642 740 85
118 84 95 380 65017 28 34 175 697 70 71 92 60674
215 425 30 39 553 85 636 977 91 99 67241 427 640 970
05087 163 1100 239 423 741 1100 08 824 50 00225 361
001 669 807 76

70004 252 674 885 942 71051 229 1100 567 675
920 85 72020 229 59 522 90 95 657 66 839 73104 6
10 95 106 220 37 56 818 418 62 750 665 724 418 932
74063 194 1200 221 395 99 443 705 922 525 313 199
399 323 433 64 89 816 74 721 876 88 916 1100 97
70038 160 754 77089 1100 411 505 78295 331 434
518 72 84 635 915 83 70974 194 216 50 333 67 436 577
629 515 969 150 1

80085 89 173 634 690 843 65 997 81021 54 186
220 213 89 477 536 641 734 603 66 82000 1100 160 96
309 75 452 578 987 61 780 88 814 82 910 61 843 06
19 1350 306 72 73 534 644 817 976 84183 481 1100
576 95 678 96 85006 88 176 336 77 562 431 150
825 96 921 86104 304 1200 413 22 745 869 1100 959
87190 97 335 76 496 969 88042 185 95 277 85 310 16
449 74 518 76 78 694 700 12 808 13 89086 457 631 778
892 75 81 912 40 51

90186 276 309 54 405 50 684 732 835 91028 165
228 347 48 497 542 727 93105 688 578 614 742 915 78
90333 94015 100 538 87 635 770 942 53 93065 89 367
74 90203 61 361 518 93 638 93 725 61 68 912 97086 80
227 483 604 1 724 55 64 78 88 823 905 98242 17 501
799 634 49380 92225 480 592 605 85 725 16 817 40 923

100130 32 73 452 803 721 30 89 898 953 101076
79 276 41185 92 751 806 914 102444 672 1100 739 1150
894 95 102949 362 724 95 815 948 104000 1 217 45
19001 822 739 76 97 869 103255 88 389 440 768 919
100170 86 229 85 482 557 815 83 910 15 23 107019
(100) 578 682 724 871 970 78 1083 31 95 59 536 100019
(100) 113 1100 63 281 365 81 570 901 1100 15 72
120098 1100 473 848 884 69 886 917 111265 76
327 49 70 405 245 65 380 846 855 118014 77 88 761 477
(100) 566 607 701 829 114042 353 527 610 59 717 906
114281 311 639 95 767 1300 597 256 115159 242 396
637 82 737 74 110016 112 257 348 496 561 651 892 42
117074 346 50 72 426 657 785 839 1300 977 118051

II. Ziehung d. I. Klasse 202. Kl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Januar 1930, nachmittags.
Aus der Gewinne über 60 Mark sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

100008 354 410 753 889 111083 1100 96 355 478
97 619 842 40 922 85 112088 69 1100 215 30 848 706
73 90 1100 112088 582 865 114028 39 67 76 92 99
358 408 18 704 27 53 115018 129 58 305 69 94 463 510
(150) 662 904 110121 439 618 800 4 1100 30 117061
159 84 317 622 712 43 118001 167 269 96 355 550 36
688 806 110228 48 436 771 79 917 25 42 58 58
120001 165 801 85 1427 603 750 69 858 912 131413
524 66 91 049 819 85 122230 43 96 217 330 85 1100 40
405 81 527 30 47 656 737 89 122110 15 86 200 830 404
124315 52 71 508 54 72 608 804 57 938 125112 18 415
519 635 1100 44 787 1500 126014 54 418 34 734 840
959 127230 456 670 95 978 128048 184 900 64 442
618 815 129021 32 71 42 99 117 903 511 90 92 95
611 805

140000 97 107 232 1150 609 874 909 131008 184
342 54 414 1100 559 716 1100 803 4 28 48 99 1100
130011 430 133036 266 319 48 87 423 24 60 801
134096 149 206 543 627 95 135074 83 136 343 61 483
574 698 770 130113 22 232 51 1100 782 826 137015
833 777 881 138192 307 17 53 59 318 14 1100 517 664
814 36 1100 987 139191 252 59 714 858 930 31

140128 427 47 785 823 141879 559 809 1100 948
59 01 83 142008 124 64 590 606 96 894 950 142883
586 1300 759 87 868 941 67 144120 390 648 55 705
58 906 145103 408 853 935 140384 482 841 912 55 60
82 147118 351 410 40 148083 195 246 348 411 33
638 89 846 900 149279 83 338 437 1100 503 82 999

150005 91 851 94 938 151121 76 208 17 24 349
94 430 59 538 784 874 152011 38 91 246 853 512 24 54
868 1100 151188 215 965 75 88 448 99 509 780 885 981
(100) 154186 216 81 305 54 418 70 805 6 21 925
94 155500 731 61 878 156012 79 415 68 594 39 93
634 72 707 14 157155 611 48 691 97 899 978 158072
952 90 412 541 647 720 38 867 993 159000 37 40 117
53 283 392 499 523 58

160004 94 105 29 237 89 358 400 513 609 763 899
012 39 161108 215 71 318 442 50 91 507 12 738 969
162047 49 149 63 1100 582 943 417 63 550 76 674 758
163295 98 290 415 651 664 732 24 805 164006 15
163295 98 290 415 651 664 732 24 805 164006 15
259 1100 85 87 409 84 858 54 165004 31 214 622
259 1100 85 87 409 84 858 54 165004 31 214 622
168301 42 42 68 408 16 680 751 532 69 98 943 97
169001 219 50 70 578 79 908 63 88

170001 97 121 374 418 506 74 619 745 959 85
71169 271 360 642 192 831 946 63 66 172030 67 109
84 490 67 617 529 910 1100 173085 91 106 50 52 369
94 901 47 75 95 617 717 812 18 30 174016 1100 38 112
1100 137 75 396 65 668 82 828 48 78 175348 1000 435
65 96 91 57 170292 23 145 239 53 91 300 9 22 886
976 172051 414 98 775 85 887 95 600 178120 901 327
564 678 719 839 76 934 179002 9 188 889 445 59 737 817

180012 392 628 765 859 934 181055 71 156 91 1200
468 539 726 805 85 942 182012 1100 61 1190 83 906
183296 735 610 673 43 974 184301 14 398 448 82
637 124 25 1100 185061 135 89 1100 236 91 535 43
753 835 955 186072 1100 87 136 75 201 358 67 412 821
606 21 187092 45 192 219 384 406 47 624 61 612 54
710 18 82 905 1100 28 188031 124 32 40 59 81 248 436
08 586 685 1190 812 182022 302 600 96 1100 817 923

190015 271 491 515 83 42 670 802 9 89 929 191058
155 396 702 961 192085 160 259 339 436 628 51 1100
854 91 966 1100 99 193222 66 348 724 37 81 194172
247 620 798 1100 832 45 195009 45 99 106 88 92
296 92 374 412 54 83 689 788 957 190065 147 272 475
80 699 806 19 190769 103 59 1 238 339 69 486 509
43 635 713 58 92 956 1100 198290 462 602 24 199069
102 372 487 088 828 60

200017 569 870 1500 201112 1100 41 355 71 1100
415 24 75 593 651 758 805 202086 118 83 277 344 47
510 44 91 203098 351 65 77 410 522 732 944 204159
92 300 54 456 845 205072 73 335 485 725 49 911 54
70 206090 171 249 78 304 1100 81 451 564 646 746 59
806 45 407198 251 606 8 29 22 63 94 737 208039 49
83 309 13 91 135 1100 668 87 951 209146 260 891

210166 388 454 679 784 840 980 31 75 211118 233
465 68 501 35 737 807 948 212272 373 617 82 709 54
912 14 44 213088 176 93 309 18 1100 98 472 809 75
084 98 945 63 214111 31 75 238 40 397 548 809 928
215099 153 225 48 54 577 1100 797 301 55 216118 85
307 65 427 41 67 615 769 15001 845 47 947 63 110089
92 900 6 846 497 598 630 701 911 71 1100 218290 217
545 634 82 797 219001 50 108 80 226 150 506 94 97
671 792

220015 77 121 331 51 612 726 56 634 222039 90
219 1100 328 78 428 696 222019 980 571 691 1100 710
76 80 828 223028 45 175 424 27 605 33 604 49 769
842 87 224008 89 129 65 71 1100 83 299 554 488 718
856 988 225035 40 99 309 424 67 548 89

Im Gewinnrabe verbleiben: 1 Gewinn zu 20000 RM.,
1 zu 15000 RM., 1 zu 10000 RM., 1 zu 5000 RM., 1 zu 3000 RM.,
3 zu 1000 RM., 4 zu 500 RM.

I. Ziehung d. I. Klasse 202. Kl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Januar 1930, nachmittags.
Aus der Gewinne über 60 Mark sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

330 85 92 440 53 89 647 758 800 974 1085 135 227
47 1100 79 514 26 63 73 729 33 935 95 2200 1300 97
394 892 831 791 838 68 915 58 1100 2317 27 467 528
616 67 87 784 932 4016 448 559 683 779 1100 83 821
998 5004 149 60 1100 291 397 59 603 22 700 909 6001
147 248 457 73 806 602 81 58 808 11 40 7015 139 315
72 430 598 700 6 34 827 975 8479 528 629 721 51 867
85 9054 978 78 326 630 65 797 808 967

10000 503 4 41 44 75 618 885 99 943 11144 85 390
444 526 657 943 82 12020 248 1100 79 508 636 94 724
890 13008 12 80 90 134 224 335 418 912 31 52 88 1100
14104 1100 930 83 336 820 935 15082 65 126 67 221
216 16023 108 16 1100 416 508 59 604 60 985
17148 201 67 830 463 1100 583 451 710 74 847
18133 278 552 65 609 757 925 95 19153 69 890 620 26
83 231 821 64 935 98 1100

20017 55 71 1100 144 319 21 75 88 577 653 736 554
21091 231 449 827 42 47 954 20127 210 483 581 694
602 23028 46 74 111 63 506 476 1100 561 90 698 45 718
941 91 24183 842 492 325 655 818 58 93 25085 362
730 876 985 20138 231 417 59 78 604 71 722 87 1100
22178 91 267 402 543 89 892 404 24143 297 402 87 882
709 864 20042 49 60 165 1100 66 444 50 76 89 508 37
50 774

30122 244 432 530 53 600 5 782 95 810 18 25 58
1200 937 31070 105 37 1100 88 96 257 868 438 864
740 901 11 34028 49 190 298 492 81 581 89 94 609
149 1100 33 1100 60 801 33284 80 315 96 430 54 71
292 34182 226 361 77 480 730 50 323 987 35002 123
292 394 417 11501 579 728 801 905 48 36126 300 13
1900 47 66 546 808 991 37116 256 405 987 38189 274
84 423 43 69 85 630 33 58 78 740 812 85 1100 39339
74 210 13 398 423 1100 42 533 54 84 812 747 89 839
907 8

40019 96 96 171 353 582 808 913 70 14107 202 20
65 244 484 655 716 39 42081 330 487 505 622 80 805
43221 97 44074 124 87 217 60 783 449 535 781 69 95
985 45388 516 98 737 89 894 927 70 99 46038 175
220 89 334 572 654 828 97 47074 1100 303 21 472 574
487 744 826 44141 203 348 566 690 783 96 937 40191
233 348 670 738 818 78 4 910 25 68 71

50028 162 244 46 73 677 657 70 83 808 51016
123 27 206 367 518 686 789 936 52040 211 50 95 313
14 22 92 471 528 78 609 71 37 840 934 53095 192 415
57 514 91 967 54017 97 649 66 1100 762 65 1900 824
44 25 98 116 66 99 55044 130 83 178 244 508 82 780
916 71 56318 608 11501 46 89 526 1100 631 85 768 504
52123 256 327 406 92 556 694 1100 755 84 810 93 53
58038 399 544 1100 73 612 791 904 33 82 99 59075
405 6 29 511 622 34 840 45 941

60040 75 379 37 569 91 631 60 802 96 1100 61015
60040 75 379 37 569 91 631 60 802 96 1100 61015
224 1100 427 476 627 62016 77 210 421 83 584 616 40
735 83 886 60026 128 50 204 53 856 419 30 677 821
44278 485 559 649 764 65049 85 88 638 735 955 1100
60331 45 85 90 172 324 31 507 33 927 96 67055 182
650 64 826 49059 70 107 855 486 523 80 84 019 822
6006

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Puffer! Kollegen, in letzter Zeit versuchen einige Herren des Arbeitgeberbundes, uns den Mustervertrag, der zum größten Teil mit der Bewilligung zum Streik war, aufzudrängen. Man sucht den Kollegen einzureden, daß der Vertrag, wenn er eingeführt würde, die Verhältnisse beim alten lasse. Kollegen, für jeden, der die Interessen der Organisation hochhalten will, ist der Vertrag annehmbar. Wir machen die Kollegen besonders auf den Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung aufmerksam, wonach alle Verträge in der bekanntesten Fassung, bevor sie unterschrieben werden, der Kommission zur Einsicht vorgelegt werden, damit die Kollegen vor Schaden bewahrt werden. Die Lohnkommission der Puffer.

Der Ausstand der Malbacher Drechler und Schleifer dauert noch unverändert fort. Auch sind für die nächsten Tage keine Aussichten vorhanden, daß irgendwie eine Beilegung des Konflikts erfolgen könnte. Die Unternehmer thun alles nur Denkbare, um die vorhandenen Gegenstände noch zu veräußern. Den Streikposten wird regelmäßig die Polizei auf den Hals geschickt. Es hat denn auch in letzter Zeit nicht an Arrestierungen der Ausständigen gefehlt. Ferner haben die Herren Fabrikanten das Gericht verdrängen lassen, daß der Streik beendet sei, da die Organisation der Malbacher Arbeiter, der Deutsche Holzarbeiter-Verband, die sekundäre Unterstützung der Streikenden verweigert habe. Diese Behauptung ist unzuverlässig. Trotz der siebentwöchentlichen Dauer des Streiks können die Ausständigen sehr wohl behaupten, daß ihre Position nach wie vor gleich vorteilhaft ist, denn die Unternehmer haben bisher nur ganz geringen Erfolg für die Ausständigen anzuweisen können, selbst die Ergebung der notwendigen Arbeiten an Drechlermeister ist fehlgeschlagen. Zum Verdruss der Fabrikpächter hat sich jetzt noch obendrein ein neues Geschäft in dieser Branche etabliert, welches, falls der Streik länger anhalten sollte, die besten und einflussreichsten Leute zur Verfügung gestellt bekommt. Augenblicklich sind noch 26 Drechler und 19 Schleifer und Hilfsarbeiter am Ausstand beteiligt. Abgegangen sind insgesamt 5 Mann, wovon drei arbeitswillig geworden und zwei anderwärts in Arbeit getreten sind. Der Streik dauert also fort und wolle man daher jeglichen Zugang vermeiden.

Deutsches Reich.

In der Hutfabrik von Hermann u. Co. in Lützenwalde sind Lohndifferenzen ausgebrochen. Zugang ist ferngehalten.

Durch den Streik der Planierer bei Wortmann u. Elbers in Düsseldorf, der seit 8 Wochen anhält und für die Arbeiter nicht ungünstig steht, sind nun auch die andern Arbeiter der genannten Firma in eine Bewegung eingetreten. Zuerst kam es zwischen Arbeitern und Firmeninhabern zu recht erregten Auftritten, bis schließlich die Firma von allen neuereintretenden Arbeitern der verschiedensten Branchen die Unterzeichnung eines Revers verlangte, sich zu verpflichten, keiner Organisation anzugehören. Im Falle eines Beitritts würden sie sofort entlassen und die Firma könnte die Hälfte des Lohnes den Arbeitern einbehalten. Das war den sämtlichen Arbeitern der Firma denn doch zu arg. 80 Mann reichten mit seltener Einmütigkeit die Kündigung ein. Sie forderten freies Koalitionsrecht, Einstellung der Ausständigen zum alten Lohnsatz, Kontrolle des Arbeiter-Ausschusses über die Strafgebühren und zehnstündige Arbeitszeit. Dies wurde abgelehnt und darum der Streik der Arbeiter. Zugang ist ferngehalten.

Bei der Wahl zum Gewerkschaftsrat der freien Baninnung in Düsseldorf erhielt die christlich-soziale Liste 14, unsere Liste 214 Stimmen.

Ein wirtschaftlicher Kampf von größerer Bedeutung steht in unmittelbarer Nähe von Essen, in dem Städtchen Kupferdreh bevor. Um eine eben gegründete Organisation zu zerschmettern, verlangte der mehrfache Millionär und Weberbesitzer Goldmann ganz unvernünftig, die Vorstandsmitglieder der Zahlstelle des Weberverbandes sollten ihre Ämter oder bei ihm die Arbeit niederlegen. Diesen Eingriff beantworteten sämtliche Organisierte mit Kündigung des Arbeitsverhältnisses, worauf der Herr Goldmann allen Angehörigen der Organisierten ebenfalls die Kündigung übermittelte. So daß insgesamt 200 Personen in Kündigung stehen. Dies geschah am Sonnabendabend. Am Sonntagabend fand bereits eine große Versammlung statt, in der die Arbeiter erklärten, sich den Nachgefolgten des Herrn Goldmann nicht fügen zu wollen. Herr Goldmann, der sehr niedrige Löhne bezahlt, hat sich durch sein herausforderndes Auftreten nicht nur bei den Arbeitern, sondern bei sämtlichen Bürgern sehr unbeliebt gemacht.

Ausland.

Die Kohlengräber-Streiks im Loire-Becken und in Montceau-les-Mines haben mit einem für die Arbeiter vorteilhaften Ausgange geendet.

Im Loire-Becken hat Jaurès im Namen des Gewerkschaftsverbandes mit Gruner, dem Vertreter der Grubengesellschaft, sich auf folgenden Schiedsspruch geeinigt: Jeder Arbeiter erhält eine Zulage von 8 Proz. seines bisherigen Lohnes mit der Maßgabe, daß die Lohnhöhe nicht unter 30 Centimes und nicht über 60 Centimes pro Tag betragen darf. Diese Lohnhöhe soll bis 30. Juni 1901 gelten mit einer beiderseitigen Kündigungsfrist von drei Monaten vor dem vereinbarten Datum. Im Falle der Kündigung aber hat ein neues Schiedsgericht über die Lohnbedingungen zu entscheiden. Die neunprozentige Lohn-erhöhung ist jedoch auf vier kleinere Gruben mit einem beschränkten Arbeitspersonal insofern nicht anwendbar, als in den betreffenden Gruben bereits 1899 eine Lohnhöhe bewilligt wurde. Diefelbe muß nun von der neunprozentigen Zulage in Abzug gebracht werden. Im Durchschnitt haben die Kohlengräber eine tägliche Lohnzulage von 43 Cts. erhalten gegenüber den von ihnen geforderten 60 Cts. Für die Grubenbesitzer bedeutet die Lohnhöhe eine Mehrausgabe von 2.100.000 Fr. pro Jahr. — Bezüglich der Regelung der Arbeitszeit wird noch vor dem Zusammenritt des Schiedsgerichts, dessen Kompetenz in dieser Frage die Gesellschaften nicht anerkennen wollten, vereinbart, daß zwei Wochen nach der Wiederaufnahme der Arbeit eine kontraktliche Untersuchung in den einzelnen Gruben zu veranstalten sei, an welcher die Kohlengräber durch drei bezw. fünf von ihnen gewählte Delegierte vertreten sein werden. Aufgabe der Untersuchung ist die Erfüllung der Forderung auf Festsetzung der Anfahrtszeit auf 3 Uhr nachmittags.

Die Kohlengräber haben dem Schiedsgericht ihre jubelnde Zustimmung gegeben. Haben sie doch in der Lohnfrage einen nahezu vollständigen Sieg erkämpft und in der Frage der Arbeitszeit eine sichere Bürgschaft erhalten für eine bessere Organisation des Betriebes, die die Anfahrtszeit um 3 Uhr ermöglichen soll. Unläugbar zu sagen, daß die Kohlengräber dem Genossen Jaurès, der so unerschrocken, energisch und erfolgreich für ihre Sache gewirkt, eine begeisterte Ovation bereitet haben.

Die Krawalle in St. Etienne am 4. Januar haben also ihren Zweck verfehlt. Das Schiedsgericht und damit der Erfolg der Arbeiter wurden nicht vereitelt. Es scheint nämlich sicher, daß die Krawalle, an denen die Streikenden — selbst den behördlichen Meldungen zufolge — nicht beteiligt waren, von nationallistischen Elementen in Szene gesetzt wurden. Es galt, der nationallistischen Taktik getreu, ein Gemischel unter den Arbeitern herbeizuführen, das für die gegenwärtige Regierung tödlich wäre und der ehrsüchtigen Demagogie ein zügiges Agitationsmittel unter der Arbeiterschaft verschaffen würde. Um der Wache auf die Spur zu kommen, hat die Staatsanwaltschaft eine gerichtliche Untersuchung gegen die verhafteten 34 Krawallanten angeordnet, anstatt sie, wie sonst üblich,

in flagranti (als auf frischer That ertwischt) ohne vorherige Untersuchung, aburteilen zu lassen.

In Montceau-les-Mines ist der am Donnerstag voriger Woche begonnene Streik nach drei Tagen wieder beendet. Die Arbeiter haben eine Lohnzulage von 5 Proz. und die Entlassung eines Teiles der Neueingetenen durchgesetzt.

Der schwedische Eisen- und Maschinen-Arbeiter-Kongress hat den sehr wichtigen Beschluß gefaßt, sich der socialdemokratischen Landesorganisation anzuschließen. Der Kongress hat gewisse Bedingungen für diesen Anschluß gestellt oder vielmehr, er erzußt beim Anschluß um Erfüllung derselben. Diese Bedingungen sind, daß die Saisonarbeiter gleiche Beiträge zahlen wie die ständig Arbeitenden. Der Vorstand der Landesorganisation ist der Meinung, aber der Beschluß darüber kann erst auf dem Malmd-Kongress gefaßt werden. Ferner will der Verband bei Zuantragsnahme der Fachgenossen bei Streiks im Auslande von den Beiträgen zu den heimischen Streiks in anderen Fächern befreit sein. Der Anschluß an die Partei soll durch die Lokalverbände geschehen und keiner dazu gezwungen werden.

Der Bergarbeiterstreik im Koehlsch-Boitsberger Revier (Steiermark) ist zu recht annehmbaren Bedingungen für die Arbeiter beendet, am Montag ist die Arbeit allgemein wieder aufgenommen worden. Der eifrigen und geschickten Vermittlung der Genossen Ruchitsch und Kessel sowie auch des Hofrats Jechner ist es gelungen, eine zufriedenstellende Vereinbarung zu treffen. Als wichtige Neuerungen heben wir hervor: Der Schichtlohn wird um 20 Heller aufgebessert; es erfolgt monatliche Abschneidung und eine wöchentliche Abschlagszahlung für Häuser in Höhe von 2 Kronen pro Schicht, für Aufwärter 1 Krone 60 Heller, für Frauen 1 Krone; verheiratete Häuser erhalten 4 Kronen Mietsentschädigung, die sich bei solchen, die mehr als drei Kinder unter 14 Jahren haben, auf 6 Kronen erhöhen; die Delegierten der Arbeiter werden als Vertrauensmänner anerkannt; wegen der Beteiligung am Streik wird kein Arbeiter entlassen.

Kommunales.

Auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 11. Januar, sind u. a. folgende Gegenstände gestellt: Bericht-erstattung über die Vorlagen betr. den Vorentwurf zum Erweiterungsbau des Friedrich-Wilhelms-Hospitals in der Pallasstr. 37 und die Einstellung der Erhebung der Gemeinde-Einkommensteuer nach dem Steuerjahre von 4 M., die Einnahmen von mehr als 900 M. bis einschl. 900 M. umfassend, vom 1. April 1900 ab. — Vorlagen betr. den speziellen Entwurf zum Neubau einer Gemeinde-Doppelschule und eines Straßencleanings-Depots auf dem Terrain der ehemaligen Wasserwerk an der Stralauer Allee, die speziellen Entwürfe zum Neubau je einer Gemeinde-Doppelschule in der Nigackerstraße und in der Waldemarstr. 25/26, sowie einer Gemeindegemeinschaft in der Waldemarstr. 77 und einer Unterkunftshalle im Friedrichshain, die Wahl der Stadtverordneten Esmann, Ryllmann, Herbig, Jacobi, George und Rosenow zu Kommunalparlament-Abgeordneten bezw. Stellvertretern, die Ferien der höheren Lehranstalten im Jahre 1900, die Entgegnung der zur Freilegung der Koffstraße erforderlichen Teile der Grundstücke Koffstraße 11, 12a und 12, die architektonische Ausgestaltung der Spreckbrüde im Zuge der Straße Siegmundshof, den Abschluß eines Betriebsabnahmungsvertrages mit der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn. — Bericht-erstattung über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung betr. die Herabsetzung des Preises für das Leuchtgas und die Einführung von Gasautomaten usw.

Der stehende Magistrat. Von dem XI. Zivilsenat des Kammergerichts wurde gestern die Klage des Technikers Heise gegen die Stadtgemeinde Berlin wegen 2354 M. rückständigen Gehaltes für die Zeit vom 13. Februar bis 31. Dezember 1891 und Zinsen, auf Grund des Gesetzes vom 31. März 1893 über die längeren Verzögerungsfristen, kostenpflichtig abgewiesen. Der Magistrat ist also mit dem Einwande der Verzögerung einer offenbar sonst gerechtfertigten Forderung gegenüber durchgedrungen. Das formelle Recht ist jenseitig auf seiner Seite, wie steht es aber mit dem moralischen Recht? Wenn ein Kläger sich erst sehr spät entschließt, gegen den Magistrat, bei dem er angestellt ist, vorzugehen, so ist dies gewiß sehr erklärlich, unerlässlich bleibt aber demgegenüber das Verhalten des Magistrats.

Nachdem die neugewählten 28 Stadtverordneten in die Stadtverordneten-Versammlung eingetreten sind, besteht dieselbe aus 69 Mitgliedern der Fraktion der Linken (früher 55), aus 34 Mitgliedern der neuen Fraktion der Linken (30), aus 24 Mitgliedern der freien Fraktion (22), aus 20 Mitgliedern der socialdemokratischen Fraktion (15), keiner Fraktion gehören 3 Stadtverordnete an (3), 2 Mitglieder zählt die Bürgerpartei (1). Zwei Mitglieder sind noch zu wählen.

Lokales.

Zur Lokalliste. Die Mitglieder der Lokalkommission von Berlin, insbesondere aber die der Umgegend, werden aufgefordert, Bewerbungen oder Neuaufnahmen zur Lokalliste bis spätestens 18. Januar bei Karl Scholz, Berlin 50, Wangenstraße 110, anzumelden, da am 20. d. Mts. die neue Lokalliste erscheint. Spätere Einfendungen können nicht berücksichtigt werden. Es wird besonders gebeten, Namen und Adressen in deutlicher Schrift anzugeben.

Die Lokalkommission.

Wohnungswucher und konervative Wahrheitsliebe. In einem Artikel „Die Socialdemokratie und die Wohnungsnot“ schreibt die „Konf. Kor.“:

„In Berlin sind bei dem letzten Vierteljahrwechsel die Mietpreise vielfach stark in die Höhe gegangen. Leider läßt die Socialpolitik der Reichshauptstadt sehr viel zu wünschen übrig; demokratische Demonstrationen sind den Stadtvertretungen wichtiger als kaufmännisches Vorgehen in kommunaler Socialreform; sonst hätte durch Bau kommunaler Wohnhäuser und Reservierung weiterer Terrains, um sie der Bodenspekulation zu entziehen, doch wenigstens einigermaßen dem Wohnungswucher entgegengetreten werden können. Die Socialdemokratie will auf diesem Gebiete das laissez-faire beobachten wissen; als einziges Mittel, die Mietsteigerungen weit zu machen, regt der „Vorwärts“ bei den Gewerkschaften die Erzeugung von Lohnhöhen an. Das wäre aber in der That die Schraube ohne Ende; denn die Hausbesitzer lassen sich keine irgendwie geartete Einkommenserhöhung anderer gefallen — sie wissen das durch neue Mietsteigerungen stets sehr schön auszugleichen.“

So viel Wichtiges dieser Artikel über die Pflichtvergessenheit der Berliner Kommunalverwaltung und über die Unerschlichkeit der Hauswirte enthält, so verlogen steht er aus, soweit von der Stellung der Socialdemokratie zum Wohnungswucher die Rede ist. Eine auch nur oberflächliche Bekanntschaft mit dem kommunalpolitischen Programm der Socialdemokratie sollte die Gegner darüber belehren haben, daß unsere Partei, wie auf vielen anderen Gebieten, so auch in der Wohnungsfrage das laissez-faire, das Sichergelassen, auf das entschiedenste bekämpft. In Nr. 249 des vorigen Jahrgangs forderten wir bei Besprechung unseres kommunalpolitischen Programms, daß die Stadt sich der Wohnungsfrage annähme und durch Herstellung gesunder und billiger Wohnungen eine Auswucherung durch die Hausbesitzer verhindere. Und in Nr. 302 vom 26. Dezember

schrieben wir zu den horrenden Mietsteigerungen, mit denen die Hausbesitzer zu Neujahr ihren Raubzug eingeleitet hatten: „Die Gemeindeverwaltung müßte je früher je besser dieser Katastrophe durch energische Maßnahmen steuern, wenn sie von socialen Pflichtenbewußtsein besetzt wäre.“ Selbst noch in dem Artikel, den die „Konf. Kor.“ heranzieht (Nr. 4 d. J.) behaupteten wir, daß der Arbeiter zur Selbsthilfe durch die gewerkschaftliche Organisation gezwungen sei, angesichts der Thatfache, daß gesetzliche Maßregeln oder eingreifende Hilfe von Seiten der Kommunalverwaltung nicht zu erwarten wären in einer Gesellschaft, die in dem Hausbesitzer die wesentlichste Stütze namentlich der kommunalen Ordnung sehe und diesem daher von Rechts wegen die Hälfte aller Sitze in der Stadtverordneten-Versammlung überlasse.

Dies alles ist dem amtlichen Organ der konservativen Partei noch laissez-faire. Wenn eine solche Art zu kämpfen auf etwas anderem basiert, als auf Verlogenheit, dann muß sie einem unbändigen Radikalismus entspringen, dem die Forderungen der Socialdemokratie noch lange nicht weit genug gehen. Vielleicht beschließt die Frage der Reform des Gemeindevahlrechts bald wieder den Landtag. Dann braucht die offizielle Stimme der in diesem Parlament ja fast allmächtigen Partei nur dafür einzutreten, daß die Macht der Grundbesitzer in der Gemeinde durch Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zur Kommunalverwaltung gründlich gebrochen werde, und die Socialdemokratie ist einmal wirklich abgeführt.

Also heraus mit einem solchen Antrag! —

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle, die zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann in den letzten Tagen des Oktober vorigen Jahres im Gartenhaus des Grundstücks Alexandrienerstr. 26 eröffnet worden ist, hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon regen, stets wachsenden Zuspruch gefunden. Die Leserräume, welche an Wochentagen von 5 1/2—10 Uhr abends und an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr geöffnet sind und in denen jetzt 78 politische Zeitungen, darunter 27 Berliner, sowie 265 Zeitschriften und Journale jeder Art und Richtung zur freien Benutzung der Besucher ausliegen, sind im November pro Tag im Durchschnitt von 98 Männern und 11 Frauen, im Dezember von 85 Männern und 9 Frauen besucht worden. Seit dem 2. Januar ist wieder eine stark steigende Frequenz zu verzeichnen.

In die Liste der Ausleihbibliothek hatten sich bis zur Jahreswende 848 Leser eingeschrieben. Diese setzen sich aus allen Berufsständen zusammen; es dürfte in der That kaum einen Beruf, sei es bei den Händen, sei es bei den Kopfarbeitern geben, der nicht durch einen oder einige Angehörige vertreten wäre. Dabei ist zu bemerken, daß bisher außer der hiesigen nur die langjährigste und juristischste Abteilung der Bibliothek fertiggestellt sind. Sobald weitere Disziplinen der Benutzung übergeben werden können — die Fertigstellung der naturwissenschaftlichen Abteilung steht in kurzem zu erwarten —, wird sich der Leserkreis voraussichtlich in noch schnellerem Tempo vergrößern. Bisher wurde die Ausleihbibliothek pro Tag im Durchschnitt im November von 72 und im Dezember von 84 Personen benutzt.

Für die Benutzung des Instituts bestehen keinerlei erschwerende Hindernisse. Der Eintritt in die Lesesäle und Arbeitsräume, in denen sich die umfangreiche Nachschlagebibliothek befindet, steht jedermann ohne weiteres frei. Auch in der Ausleihbibliothek erhält die zur Benutzung der Bibliothek berechtigende Karte ein jeder, der sich in irgend einer Weise über seine Identität auszuweisen vermag. Dieses den Wünschen und Bedürfnissen des großen Publikums entgegenkommende Verhalten der Bibliotheks-Verwaltung ist bisher durch musterhafte Haltung der Besucher des Instituts glänzend gerechtfertigt worden. Ebenso sind die ausgeliehenen Bücher bis jetzt sämtlich und meistens in gutem Zustand zurückgekommen.

Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft haben beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, der Polizeiverordnung die Zustimmung zu verweigern, wonach in einer Reihe von Straßen für die Zeit von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags das Beladen und Entladen der Fuhrwerke, die zum Fortschaffen von Lasten, Waren oder Gegenständen irgend einer Art dienen, sowie das Stillhalten dieser Fuhrwerke, gleichgültig ob sie beladen sind oder nicht, verboten werden soll. Es würde sonst der Güterverkehr der wichtigsten Geschäftsstraßen in der Hauptgeschäftszeit völlig unterbunden und in die Nachtstunden gedrängt werden, was für die Beteiligten weit schmerzlicher wäre, als die jetzige Belastung der Straßen in den Tagesstunden, die den Anlaß zu dem Entwurf gegeben zu haben scheint.

Schiedsgerichte für die Invaliden-Versicherung. Das Polizeipräsidium giebt folgendes bekannt: Gemäß § 105 des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899 in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1899 wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Herren Minister für Handel und Gewerbe und des Innern der königlichen Regierungsrat v. Goltzowski zu Berlin, Frobenstraße 31, zum Vorsitzenden und den königlichen Regierungsrat Sayffarth zu Salenke, Anstiftersdamm 132a, sowie die königlichen Regierungsräte Affensorn Tadden zu Charlottenburg, Augsburgerstraße 80, v. Wurmb zu Schöneberg, Wahnstr. 36, Friedrich zu Berlin, Potsdamerstr. 70, Spitz zu Charlottenburg, Monunienstr. 2, Dr. Schönfeld zu Charlottenburg, Ansbacherstr. 9, Karbe zu Berlin, Pallasstraße 6, zu stellvertretenden Vorsitzenden der vom 1. Januar 1900 ab in Berlin errichteten Schiedsgerichte der Invalidenversicherung für die Stadt Berlin und den Regierungsbezirk Potsdam ernannt haben.

Der städtische Bureaubeamte W., der bei der dritten Abtheilung der Steuerdeputation seit langen Jahren beschäftigt ist, hat Unterschlagungen begangen, die sich auf mehrere Tausend Mark belaufen. Gegen ihn ist eine Untersuchung eingeleitet. Einen Schaden erleidet die Stadt nicht, da W. vernünftig ist.

Der kürzlich gewordene Kaufmann Isidor Behrendt soll dem Vernehmen nach in Brasilien sich aufhalten. Er hatte seine Rückt vorzüglich vorbereitet und gewann reichlichen Vorprung, da sein Verschwinden erst spät entdeckt wurde. Die Höhe des Anfalles, den die Gläubiger bei dem Behrendtschen Konkurs erleiden, soll annähernd 3 Millionen Mark erreichen.

Der Schwindler in Offiziersuniform, welcher unter der Maske eines Dragonerleutnants verschiedene Geschäftskonten gebrandschatzt hat, ist anscheinend identisch mit dem Landwirt Max Bergmann, auf welchen jetzt alle Polizei-Organen schanden. W. ist am 3. September 1870 in Danzig geboren. Er wird der wiederholten schweren Urkundenfälschung beschuldigt, weil er unter Mißbrauch des Namens verschiedener Offiziere Darlehen in bedeutendem Umfange sich zu verschaffen gewußt sowie Versicherungsabschlüsse, Quittungen etc. auf ihre Namen gefälscht hat.

Zeugen gesucht. Am 28. Dezember, morgens 8 1/4 Uhr, fiel ein Mann vor dem Hause Köthenerstr. 37 infolge der Glätte so unglücklich zu Boden, daß er hilflos liegen blieb, bis er von einem Herrn und einer Dame angefaßt und einem Schutzmännchen zugewiesen wurde. Die beiden Helfer, sowie andere Zeugen des Vorganges werden dringend gebeten, bei Rudolf Schöneberg, Pritzbuserstr. 20, Hof 3 Tr., ihre Adresse abzugeben.

Das Passage-Panoptikum hat in diesem Monat ein überaus buntes Specialitäten-Programm aufgestellt, in welchem kaum eine Gattung des vielgestaltigen Wettels fehlen dürfte. Als Künstler der derberen Richtung treten auf der musikalische Klown Calwood, sowie die drei rustikalen Akrobaten Warowsky; ferner sind zu nennen die Tanzkünstler Royal, die Akrobaten Volkini, der auf rollender Kugel arbeitende Kunstschütze Gildert und die recht jugendliche Zier-

bändigerin Agnes, die ihre Hindemerte vorzüglich in Kommando hat. Ins Reich der edlen Kunst führen uns die italienische Sängerin Gloria, sowie das Duettliedpaar Paul und Virginia, und endlich die Kunstseilerin Morganti; Kraftleistungen besonderer Art vollführt die Trapesistinnen Annetta. Als Star des Theaters ist aber die Serpentinanzlerin Walleri zu nennen, die sowohl in der Kunst ihrer Bewegung als im bunten Farbenspiel ihrer bekannten Kunst neue Seiten abgewinnt und sich getrost den Ersten ihrer Art zur Seite stellen darf. Einen räthselhaften „Haarhinstler“ haben wir in dem Ahtelen Solcha vor uns, der mit der bei gewöhnlichen Menschen gerade nicht besonders widerstandsfähigen Hinde seines Kopfes eigene Augen, Wierfasser und andere schwere Gegenstände emporhebt. Zudem der merkwürdige Mann mit seinen Lasten durch den Zuschauerraum schreitet, sucht er das Publikum davon zu überzeugen, daß seine Kunst ohne Falsch ist.

In der **Mania** findet heute der 8. Centener-Vortrag statt und zwar wird Herr Professor Gray aus München über: „Sichbare und unsichbare Strahlen“ sprechen. Bei dieser Gelegenheit werden auch die neu entdeckten Becquerelstrahlen zur Vorführung gelangen, welche als höchst merkwürdiges Seitenstück zu den Röntgenstrahlen gegenwärtig im Mittelpunkt des Interesses liegen. Derselbe Gegenstand soll nach ein zweites Mal demonstriert werden und zwar in dem am Donnerstag, den 11. ds. Mts., stattfindenden Vortrage des Herrn Dr. P. Spies: „Elektrische Entladungen“. Mit diesem letzteren Vortrage beginnt eine Reihe von zehn Vorträgen über: „Elektricität“.

Feuerbericht. Montagabend wurde die Behr nach Schlemmerstraße 38 und Kleine Andreasstr. 20 gerufen. In beiden Häusern brannten Möbel und Betten. In der Kamerunerstraße war ein Herwagen in Brand geraten, zu dessen Bewältigung ein Rohr längere Zeit Wasser geben mußte. Die Ladung wurde teils vernichtet, teils durch das Wasser entwertet. Kurz nach Mitternacht erfolgte in Anmerkungen nach Alexandrinerstr. 33, Wälderstr. 12 und Neue Jakobstr. 20. Auch in diesen Häusern hatten Möbel, Gardinen und Wäsche Feuer gefangen, das jedoch überall schnell abgelöscht werden konnte. Dienstagnachmittag 5 Uhr ging Kasanien-allee 43 der Inhalt eines Schaufensters in Flammen auf. Eine Stunde später kam Charlottenstraße 89 ein Wohnungsbrand aus, der durch eine Benzin- und Carbideplosion in der Fahrrad-Werkstätte von Veinert entstand und zwar in dem Augenblick, als letzterer die Werkstätte betrat, so daß er sich nur durch schleunige Flucht retten konnte. Der Arbeitsraum, sowie die angrenzende Privatwohnung brannten aus.

Auß den Nachbarorten.

Schöneberg. In der ersten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurden die bei den letzten Ergänzungswahlen gewählten Stadtverordneten eingeführt, worauf die Versammlung den Rentier Gustav Müller zum Vorsitzenden, sowie Dr. Richter zum Stellvertreter wählte. In längerem Debatten kamen darauf zwei der wichtigsten Vorlagen zur Erledigung. Die **Mietentschädigung der Volksschullehrer** und die **Bestimmung des neuen Normalersatzes für die Gemeindefunktionen**. Der erstere Punkt hatte die Stadtverordneten wiederholt beschäftigt; in einer Sitzung war der Antrag angenommen worden, die Mietentschädigung der Volksschullehrer auf 630 M. festzusetzen. Dieser Antrag fand eines Formfehlers wegen nicht die Zustimmung des Magistrats; er wurde an die Stadtverordneten zurückverwiesen und von diesen zur Abänderung des Formfehlers einem Ausschuss übergeben. Der Ausschuss hat nunmehr im Gegensatz zu der demaligen Mehrheit die Norm der Entschädigung auf 800 M. festgesetzt. Wegen eine derartige, von wirthschaftlicher Kleinlichkeitstrümmerei getränkte Handhabungsweise wandte sich Genosse Ost. Bei dem Verhalten einiger Herren damals schon unwillkürlich zu nennen gewesen, so sei es jetzt noch viel unwillklicher, den Erziehern und Bildnern unserer Jugend gegenüber einen solchen Standpunkt einzunehmen. Wenn man hier gerecht sein und sich nicht mit dem Fingere der Väterlichkeit beladen wolle, müsse man für die damals festgesetzte Summe von 600 M. eintreten. In der von unserem Parteigenossen Walsch beantragten namentlichen Abstimmung erklärten sich 28 Stadtverordnete für den Satz von 600 M. und 17 dagegen. Offenlich werden die Volksschullehrer dies Still für die Stadtverordneten-Mehrheit nicht so leicht vergessen. — Viel freundlicher stellen sich die Stadtväter zu der Bestimmung des Normalersatzes. Nach einigen redaktionellen Veränderungen wurde die Vorlage einstimmig angenommen. Die Regelung der Gehälter für die städtischen Beamten hat eine Aufbesserung für sämtliche Klassen mit sich gebracht. Die Verabfolgung der Besoldung erfolgt für die unterste Klasse monatlich, für die anderen vierteljährlich im Voraus. — Schon wieder ist der Magistrat gezwungen, um die Unterbringung schulpflichtiger Kinder vorzunehmen zu können, sogenannte fliegende Klassen einzurichten. In diesem Zweck beantragte er die bauliche Veränderung einer Schuldienerwohnung in der Schule an der Kropfkei Paulstraße zwecks Herstellung von Schulräumen. Stadtverordneter Vonnemister Kuhnlich wandte sich im Namen der Hochbau-Kommission gegen ein derartiges Projekt; infolge von Licht- und Luftmangel seien die Räume zu diesem Zwecke völlig unbrauchbar. Die Nützlichkeit der Kinder würde sich rapid entwickeln. Gen. Kuhnlich bemerkte, daß nach seiner eigenen Anschauung die neue Wohnung des Schuldieners durch ihre Feindlichkeit zum Wohnen ungeeignet sei. Genosse Ost forderte die schleunige Erbauung von Schulhäusern, um diesen Mangel zu beseitigen, was dem Bürgermeister Gerschke Veranlassung gab, zu betonen, daß der Magistrat, sich seiner Pflicht bewußt, nach Möglichkeit dafür Sorge tragen werde. Nachdem noch die Wahl eines Ausschusses für die am 20. Januar stattfindenden Gewerbe- und Handelswahlen vollzogen war, wurden der vorgeschickten Zeit wegen die übrigen Punkte von der Tagesordnung abgesetzt.

Schöneberg. Der Beerdigungsverein der Zimmerer feiert in dem Capellenhof Lokal Wilhelmshof, Oberstr. 50 am 18. Januar sein Stiftungsfest. Die Arbeiterschaft wird wissen, wie sie sich in diesem Falle zu verhalten hat.

In dem **neuen Charlottenburger Stadthandels-Gesetz** sind die Einnahmen aus der Gemeinde-Einkommensteuer auf 3.663.600 M. veranschlagt, d. h. auf 686.300 M. mehr als im laufenden Etat. Dabei ist der Einkommenssteuer von 97 Proz., wie er jetzt besteht, beibehalten worden. Der Ertrag aus der Gemeinde-Grundsteuer und der Gemeinde-Gewerbesteuer ist zusammen auf 2.092.000 M. veranschlagt. Diese Summe entspricht einem Satz von 135,5 Proz. der staatlich veranschlagten Realsteuer, wobei die Grund- und Gebäudesteuer auf 1.148.000 M., die Gewerbesteuer auf 290.000 M. geschätzt ist. Von der hierauf sich ergebenden Gesamtsumme von 2.092.000 M. entfallen auf die Gemeinde-Grundsteuer 1.811.400 M., auf die Gewerbesteuer mit 97 Proz. 282.200 M. Zur Aufbringung der Gemeinde-Grundsteuer ist die Erhebung eines Satzes von 2,22 pro Mille erforderlich. Der Ertrag aus der Umsatzsteuer ist vom Magistrat auf 430.000 M. veranschlagt gegen 400.000 M. im laufenden Jahre. Die Betriebssteuer ist auf 28.000 M. gegen 24.000 M., die Hundsteuer auf 70.000 gegen 64.000 M. veranschlagt. Die zu erwartenden Mehreinnahmen aus Gemeindesteuern betragen also bei der Gemeinde-Einkommensteuer 686.300 M., bei der Grundsteuer 75.000 M., bei der Umsatzsteuer 80.000 M., bei der Gewerbesteuer 40.700 M., bei der Betriebssteuer 4.000 M. und bei der Hundsteuer 6.000 M.

Rixdorf. Ueber einen Fall von Unterschlagung, dessen sich der Schankwirt Klein in Rixdorf schuldig gemacht haben soll, wird berichtet: Klein, der in Rixdorf ein Schankgeschäft betreibt, ist Vormund von fünf Kindern eines verstorbenen Fuhrmanns Sandorf. Von dem Vermögen der Kinder, das 5160 M. betrug, legte er einen Teil bei der Deutschen Bank an, während er den anderen Teil bei sich behielt. Die bei der Bank hinterlegten Summen hob er nach und nach ab. Während er früher Frau Sandorf regelmäßig die Zinsen abließerte, geriet er später damit in Mißstand. Die Frau erwidert nach dem Tode ihres Mannes den Lebensunterhalt durch Abvermieten einzelner Zimmer einer großen Wohnung. Als sie nun durch die Kündigung eines Mieters in Verlegenheit geriet, drang sie vergeblich in Klein, ihr die fälligen Zinsen auszugeben. Sie nahm daraufhin die Hilfe des Vormundschaftsgerichts in An-

spruch. Als ein Gerichtsvollzieher erschien, um Klein zwangsweise vorzuführen, bekam dieser einen Schlaganfall und wurde in das Krankenhaus am Urban gebracht. Der Gerichtsvollzieher beschlagnahmte sein ganzes Hab und Gut. Wo das Geld geblieben ist, steht noch nicht fest.

Klein war früher sozialdemokratischer Stadtverordneter in Berlin und zog, als er hier keine Gastwirtschaft aufbauen wollte, nach Rixdorf, wo er bald wieder in der Partei thätig war. Im Herbst vorigen Jahres wurde er vom Kreise Teltow-Beesow zum Mitglied der Wahlkommission gewählt, auch war er Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ am Orte.

Zur **Versorgung von Groß-Lichterfelde mit Electricität** (Licht und Kraft) hat die dortige Gemeindevertretung am Montag einstimmig einen Vertragsentwurf genehmigt, der zwischen der Gemeinde Groß-Lichterfelde und der Imperial Continental Gas Association in London vereinbart worden ist. Dieser Gesellschaft, in deren Rechte mit dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses die Berliner Vororts-Electricitätswerke eintreten, wird nach diesem Vertrag vom 1. Januar 1900 ab auf vierzig Jahre das ausschließliche Recht der Kabellegung innerhalb des Gemeindebezirks eingeräumt mit der Verpflichtung, Groß-Lichterfelde mit elektrischem Strom zu versorgen, sobald ein Anschluß von 250 Kilowatt im Gemeindebezirk gefordert ist.

Der Eisenbahn-Unfall auf dem Müggelsee ist jetzt vollständig aufgeklärt. Es ist nur ein junger Mann ertrunken, ein Fischergeleite Wag Woch aus der Mantuffelstraße, der Sohn einer Frau Heim aus ihrer ersten Ehe.

Steglich. Am Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Kaiserhallen“ eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Reichs-Anwalt Franzl in Berlin über das neue Mietrecht sprechen wird. Außerdem steht noch auf der Tagesordnung: „Die Mietsteigerungen in Steglich“ und „Stellungnahme zur Gemeindevahl“. Die Parteigenossen werden um zahlreichen Besuch und um kräftige Agitation zu dieser Versammlung gebeten. Der Vertrauensmann.

Potsdam. Der Schriftführer Eisermann von hier hatte in dem benachbarten Rowa wes eine Veranlassung der Gehilfen der Renbadersberger Buchdruckerei, in der E. selbst beschäftigt ist, abgehalten. In der Versammlung hatten nur seine Mitarbeiter Zutritt und es wurden auch nur Angelegenheiten der genannten Druckerei besprochen. Trotzdem erhielt E. ein Strafmandat über 15 Mark, weil er eine polizeilich nicht gemeldete Versammlung abgehalten habe. Das Schöffengericht bestätigte merkwürdigerweise das Strafmandat. Auf die von E. eingelegte Berufung hin hatte sich nun die hiesige Strafkammer mit der Sache zu beschäftigen. Diese fällte nach langer Beratung folgendes Urteil: Um den Auslagen des Angeklagten vollen Glauben schenken zu können, müsse ersichtlicht in das Statut des Verbandes der Deutschen Buchdrucker genommen werden. Es sei deshalb Verfügung beschließen, der Angeklagte aber habe schleunigst ein Statut des genannten Verbandes einzureichen.

Versammlungen.

Fühlen sich die Väter stark genug, um im Frühjahr in eine Lohnbewegung eintreten zu können? so lautet das Thema einer sehr stark besuchten Versammlung der Väter, die gestern nachmittag im Saale bei Rieft, Weberstraße, tagte. Der Referent, Vater Barth, erinnerte zunächst an die Begeisterung, die bereits im vorigen Jahre ein großer Teil der Berufstätigen für eine Lohnbewegung geäußert hat. Wenn trotzdem von dem Eintritt in die Bewegung fastlich Abstand genommen wurde, so deshalb, weil verschiedene Umstände es notwendig machten, insbesondere auch, weil es die Unternehmer verstanden hatten, eine sehr große Anzahl Väter aus der Provinz heranzuziehen, daß alle Herbergen von Arbeitslosen überfüllt waren. Demgegenüber haben sich die Verhältnisse in mander Beziehung günstiger gestaltet. Der Streikfonds weist jetzt schon einen erheblich größeren Bestand auf, als beim Eintritt in die Lohnbewegung im Jahre 1899. Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen. Der Referent giebt schließlich der Meinung Ausdruck, daß die Väter stark genug seien, um im kommenden Frühjahr den Kampf zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufnehmen zu können. Nach kurzer Diskussion im Sinne des Referats gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die Versammelten sind der festen Zuversicht, daß im nächsten Frühjahr ein Streik in ihrem Interesse erfolgreich durchgeführt werden muß, wenn jeder Einzelne sein Teil zum Gelingen desselben beiträgt. Die Versammelten verpflichten sich deshalb, bis zum Beginn des Streiks pro Mann und Woche eine Marke zum Streikfonds zu entnehmen, um die zum Kampfe wünschenswerten Geldmittel herbeizuschaffen.

Dieselben Forderungen, die bereits im vorigen Jahre signalisiert wurden, werden auch bei dieser Lohnbewegung wieder maßgebend sein. In Betracht kommen für Berlin und Umgebung circa 4000 Väter- und Arbeiter. Veranlaßt sind auch die Vätermeister der Stadt, sich für die Lohnbewegung vorzubereiten. Der angesammelte Fonds, von dem die in Mittheilung gebrachten Kutschnermer entschädigt werden sollen, soll 15-20.000 M. betragen.

Dem Bericht über die Thätigkeit des Gesellenauschusses der Zimmerei „Concordia“, den Rostoff erstattete, war zu entnehmen, daß mit den Meistern gemeinsam eine Kontrolle der Väterbetriebe vorgenommen worden ist. Trotzdem daß alle Vätermeister von der Kontrolle vorher unterrichtet waren, wurden in zahlreichen Betrieben recht arge Mißstände, insbesondere in Bezug auf die Verschwendung und Mangelhaftigkeit der Werkstoffe vorgefunden. Das geprüfte Material soll in nächster Zeit verfüllt werden. Der Referent berichtete ferner über das Lehrlingswesen, über den Arbeitsnachweis und das Schiedsgericht der Zimmerei und über die weitere Thätigkeit des Gesellenauschusses, die besonders in letzter Zeit eine recht rege war. Nachdem noch zur letzten Beteiligung an der am Donnerstag, den 25. d. M. stattfindenden Wahl des Gesellenauschusses aufgefordert worden war, erklärte sich die Versammlung einstimmig mit der Thätigkeit des Ausschusses einverstanden.

Eine öffentliche **Gewerbesammlung**, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte, fand am Montagabend in den „Arminienhallen“ statt. Dieselbe ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des verstorbenen Kollegen Wehrens in der üblichen Weise. Neben hielt Genosse Anoll einen mit lebhaftem Interesse entgegen genommenen Vortrag über **Zwangsinnungen**. Eine Diskussion knüpfte sich an den Vortrag nicht. Dagegen entfiel unter Vorsitzendem eine lebhafte Debatte die von Frau angeschlossenem Frage: Wie gedenkt der Vorstand, nachdem das Verbindungsverbot für politische Vereine aufgehoben ist, in Zukunft die Thätigkeit in Bezug auf die öffentliche Bewegung zu gestalten. — Der Redner vertritt die Meinung, daß nunmehr die gesamte Bewegung durch die Organisation zu leiten ist. An der ausgedehnten Debatte, die zum Teil einen persönlichen Charakter annahm, beteiligten sich, zum Teil wiederholt, Starke, Korschow, Freundenberg, Krause, Hoffmann, Kaspar, Villach und andere. Anoll empfiehlt, es bei der bisherigen Thätigkeit zu belassen und zwar mit Rücksicht auf die Gewinnung weiblicher Mitglieder. Mit der Aufhebung des Verbindungsverbot ist noch nicht die Fessel gefallen, daß Frauen politischen Vereinen nicht angehören dürfen. Da nun aber heute die sämtlichen Centralorganisationen ihren Zusammenschluß in der Generalkommission vollzogen oder doch zum mindesten angebahnt haben, so würden durch eine politische Betätigung eines Teiles der Gewerkschaften die Gewerkschaften mit weiblichen Mitgliedern gezwungen sein, aus der Generalkommission und sonstigen Kartellierungen auszutreten. Zu einem Beschluß kam es in der Angelegenheit nicht. Zu der am 14. Januar stattfindenden Provinzialkonferenz für Wanderversehung wurden Mertens und Zahn gewählt. Nachdem noch auf das am 18. Januar in der Wasserhorstraße bei Krüger stattfindende Vergnügen der Meiglafer hingewiesen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die **Kleber** (Lapiezere) hielten am 8. Januar bei Pastor, Julestr. 10, ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung des Vereins. Von

37 Kollegen sei derselbe jetzt auf 192 Mitglieder gestiegen; ein weiterer Zuwachs sei erfahrungsgemäß zur Saison zu erwarten. Redner berichtete dann über Anschlag an das Berliner Gewerkschafts-Parlament, und den Bezug der „Einigkeit“ als Vereinsorgan. Sodann giebt Redner Bericht über die Agitationskommission. Danach sind zwei Angriffsstreiks mit Erfolg im November durchgeführt. Die Einnahmen des Vereins beliefen sich nach dem Bericht des Kassierers auf 178,58 M., die Ausgaben auf 148,68 M. Hieran wurde der Tarif, der vollendet ist, nochmals einer Diskussion unterworfen. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Lohnbewegung, wurde beschlossen, daß jeder arbeitende Kollege pro Woche 50 Pfennig Extrasteuer zahlen solle.

Verein der Mechaniker. Mittwoch, den 10. Januar 1900, abends 9 Uhr, im Vereinslokal, Bernauerstraße 8: Vortrag des Herrn Regimentsarzt Prof. Dr. B. Weinlein: „Die Paracettin in der Naturwissenschaft im XIX. Jahrhundert.“ — Wähe herzlich willkommen.

Marktpreise von Berlin am 8. Januar 1900

nach Ermittlungen des fgl. Polizeipräsidiums.		Schweinefleisch 1 kg		1,80	1,10		
*) Weizen	D. Gr.	15,00	13,90	Kalbsteck	1,70	1,00	
*) Roggen	—	14,50	13,70	—	1,60	1,00	
*) Winterweizen	—	15,00	13,00	—	1,60	1,00	
*) Hafer gut	—	13,20	14,40	Butter	2,00	2,00	
— mittel	—	14,00	13,60	—	60 Stck	6,00	
— gering	—	13,50	12,80	*) Rindfleisch	1 kg	2,20	1,20
*) Malzroh	—	4,32	3,82	*) Kalb	—	2,80	1,40
*) Gerst	—	7,20	4,20	*) Rind	—	2,50	1,10
*) Erbsen	—	40,00	25,00	*) Schweinefleisch	—	2,00	1,00
*) Weizenroh	—	45,00	25,00	*) Rindfleisch	—	1,60	0,80
*) Weizen	—	70,00	20,00	*) Kalb	—	2,80	1,40
*) Kartoffeln, neue	—	7,00	5,00	*) Weizen	—	1,40	0,80
*) Rindfleisch, Rente 1 kg	—	1,50	1,20	*) Rindfleisch	per Schaf	12,00	3,00
*) do. Bauch	—	1,20	1,00				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preis- und Wirtschaftskammer — Notierungsscheite — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelcentner.

*) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 9. Januar. Der Getreidemarkt verkehrte in schwacher Tendenz auf gleiche Meldungen von den Börsen Nordamerikas und neue glänzende Berichte aus Argentinien, wo die letzte Einschätzung der Ernte noch immer hinter der Wirklichkeit zurückbleiben soll, und insbesondere auch die Qualität als wesentlich besser wie im Vorjahr bezeichnet wird. Weizen war bei etlichen Handel 0,50 M. Roggen 0,25 M. billiger zu haben. Hafer lag still und unverändert, Kaffee preis-haltend.

Am Spiritusmarkt wurde 70er loco mit 47,40 M. unverändert gehandelt.

Kartoffelfabrikate. Feinste Kartoffelfabrikate 10,40 M. Ia reine Kartoffelfabrikate disponibel und Februar 19,75 M., April 20 M. Kaffee Prima-Qualitäten disponibel 17,75-18,75 M. per 100 Kilogramm.

Vermischtes.

Schiffsmisere. Aus New York wird gemeldet: Der Dampfer „Georgien“ langte hier mit 85 Mann von der Besatzung des deutschen Schiffes „Ella“ an, das im Sturm Schiffbrüchig erlitten hatte. — Die deutsche Post „Käte“, welche vor vier Monaten Oldenburg verließ, um nach Granton bei Edinburgh zu gehen, wurde in Granton eingeschleppt. Das Schiff hatte mehrere Stämme zu bestechen. Die Wasserkräfte waren vor drei Wochen zu Ende gegangen. Seitdem lebte die Mannschaft, welche sich in schrecklicher Lage befand, von Regenwasser und von Stroh, in welches eine Ladung von Flaschen verpackt war.

Die **anthropologische Gesellschaft zu Stockholm** hat beschlossen, daß die schwedischen Schiffe, welche im Frühjahr nach Spitzbergen abgehen, um die schwedische Gradmessungs-Expedition abzuholen, nach König Karls-Land gehen sollen, um Untersuchungen über die dort gehörende Pol-Wege Andrees anzustellen.

Was ist Heliographie? In den Kriegsberichten aus dem Transvaal ist häufig von Heliographie die Rede. Jedermann thut so, als ob er genau wähte, was Heliographie ist. In Wirklichkeit ist man nur in eng begrenzten Kreisen über das Wesen dieser optischen Telegraphie unterrichtet. Wir halten es deshalb für nützlich, einer Studie, die Herberich C. Rufe im „Strand Magazine“ allein von den Landheeren und der Marine angewandten Signalen gewidmet hat, die wichtigsten Einzelheiten über die Heliographie zu entnehmen. Die Heliographie ist das einfachste, billigste und das einzig sichere System, dessen sich ein belagertes Heer bedienen kann, um mit den Truppen, die zu seiner Befreiung heranziehen, in Verbindung zu treten. Jede von den beiden Truppenabteilungen stellt einen aus drei beliebigen Stöcken oder Stäben zusammengesetzten Dreifuß auf und setzt einen beliebigen Spiegel darauf. Die Spiegel stellt man so, daß sie sich gegenseitig ein Bündel Sonnenstrahlen zuwerfen; dann stellt man den einen Apparat einen Soldaten auf, der die Signale giebt, und einen Offizier, der mit einem Fernrohr versehen ist. Der Signalmann kann den Lichtstrahl auffangen und unterbrechen, indem er mit seiner Hand oder seinem Helm den Spiegel bedeckt. Er unterbricht ihn einmal, wenn er den Buchstaben A bezeichnen will, zweimal hintereinander bei dem Buchstaben B, dreimal bei dem Buchstaben C usw., indem er natürlich zwischen zwei Worten eine kleine Pause macht. Das ist alles. Es versteht sich von selbst, daß die Heliographie nicht anwendbar ist, wenn der Himmel bewölkt ist oder wenn es regnet oder aber — das ahnt selbst jeder, der das Pulver nie erfinden hätte — während der Nacht. Das ist der erste Uebelstand. Der zweite liegt in der Langsamkeit des Verfahrens; die englische Sprache ist von allen Sprachen diejenige, welche darunter am wenigsten zu leiden hat, wegen ihres großen Reichthums an einseitigen Worten und an gebräuchlichen Abkürzungen und wegen ihrer prägnanten Kürze. So erklärt es sich, daß die Heliographie eigentlich nur im britischen Heere zur Anwendung kommt. Aber sie bietet andererseits den unschätzbaren Vorteil, daß sie während mehrerer Stunden hintereinander angewandt werden kann, ohne daß der Freund, der zwischen den beiden Signalposten steht, die Signale entziffern oder auch nur ahnen kann, daß eine Verbindung besteht. Der Heliographie-Record wird bis zum heutigen Tage von Lord Roberts gehalten. Im Jahre 1880, während des Krieges mit Afghanistan, kam er, als er zur Befreiung der von dem Emir in Kandahar belagerten Brigade heranzog, auf den Höhen von Kobat, 75 Kilometer von Kandahar entfernt, in vier Stunden eine Posthaft von 207 Worten von der eingeschlossenen Brigade erhalten.

Eine **neue Polizeithat**. Hiesige Blätter melden: Kannecke hat auch die Stadt Bonn eine Kiefer-Affäre, indem der Wachtmeister Morgens, früher in Kiel bedienstet, eine in Beziehung ihres Bräutigams befindliche Dame als D r n e bezeichnete und anforderte, ihn zur Wache zu folgen. Als der Begleiter nachdrücklich gegen die schimpfliche Unterstellung Einspruch erhob, eilte die Wachtmeister mehrere Nachwächter herbei, unter deren Beistand die Abführung erfolgte. Auf der Wache suchte der wachhabende Polizeibeamte den Wachtmeister zu überzeugen, daß er sich geirrt habe; indeß verbarnte der Wachtmeister dabei, die Verhaftete sei eine schlechte Weibsperson aus Kiel, beschimpfte sie mit rohen Worten und sperrte die Dame in eine Zelle. Der Polizei-Inspektor Wittingel verhaftete später die Entlassung der schwer gekränkten Dame. Der Oberbürgermeister entfernte den Wachtmeister sofort aus dem Dienste.

Ein **antikes Theater in Turin**. Unter den Gewölben des längst niedergehenden Palazzo Vecchio zu Turin wurden, wie das „B. Z.“ meldet, die Reste eines antiken Theaters von 130 Meter Durchmesser und 84 Meter Bühnenfront entdeckt. Das aus der Kaiserzeit stammende Gebäude scheint (man fand Mengen geschmolzener Bronze) im dritten Jahrhundert niedergebrannt zu sein; doch sind die Plancherriele der Bühne teilweise noch glänzend erhalten. Neben dem Theater sieht man auf ein altes römisches „Cormeterium“, dessen fast durchweg ärmliche Gräber aus dem Baumaterial des Theaters hergestellt sind. Nur eine einzige Grube ist größer angelegt und scheint für einen Bischof bestimmt gewesen zu sein. Für die Ausgrabungen hat der König aus seiner Privatschatulle eine größere Summe angezogen.